

Protokoll

über den

außerordentlichen Kongreß

**der Arbeitsgemeinschaft
Deutscher Schachverbände (ADS)**

**vom 5. Februar 1950
in Wiesbaden, Taunus-Hotel**

ANWESENHEITSLISTE

Das Präsidium der ADS

Präsident Czaya
 Dr. Rasquin, Turnierleiter
 Schmidtner, Schatzmeister

Von den Landesverbänden

Gulweida	Berlin (Schachverband)
Dipl.-Kfm. Riegel	Bayern
Bauer, Ferd.	"
Dr. Lauterbach	Nordbaden
Stock	Südbaden
Munz	Württemberg
Beisel	Pfalz
Linnmann	Hessen
Geisel	"
Krautmann	"
Dr. Gruhl	Nordrhein-Westfalen
Hillers	"
Harbecke	"
Herrmann	"
Schreiber	"
Kurz	Köln
Fohl	Hamburg und Schleswig-Holstein
Menke	Elbe-Aller
Heberle	Weser-Ems

Gäste

Großmeister Bogoljubow
 Pohlenz, Präsident des ADSC
 Kabitz, Vizepräsident des ADSC
 Niephaus, Wiesbaden
 Amtsgerichtsrat Werner, Offenbach a. M.
 Rechtsanwalt Menger, Frankfurt a. M.
 Summ, Frankfurt a. M., als Protokollführer

Der Kongreß

wurde gemäß Beschluß des Präsidiums und Beirats der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schachverbände (ADS) auf der Darmstädter Tagung vom 4. und 5. November 1949 als

außerordentlicher Kongreß

auf Sonntag, den 5. Februar 1950, nach Wiesbaden, Taunus-Hotel, vormittags 9 Uhr, einberufen mit folgender

Tagesordnung:

1. Bericht des Präsidiums der ADS zur Frage der Auflösung der ADS und der Gründung eines Deutschen Schachbundes,
2. Diskussion wesentlicher Satzungspunkte eines zu gründenden Deutschen Schachbundes,
3. Beschluß über Auflösung der ADS,
4. Gründung eines Deutschen Schachbundes,
5. Wahl des Präsidiums des neugegründeten Deutschen Schachbundes.

Herr Präsident Czaya eröffnete um 9.35 Uhr den Außerordentlichen Kongreß, begrüßte die Anwesenden und dankte Herrn Linnmann, dem Vorsitzenden des Hessischen Schachverbandes, als Gastgeber und Vermittler dieses für diese wichtige Tagung so schönen Raumes. Dieser außerordentliche ist genau wie jeder andere normale Kongreß, bei dem jedes Mitglied jeden Verbandes anwesenheitsberechtigt ist.

Stimmberechtigt sind nur die Vertreter der Verbände entsprechend ihrer Mitgliederzahl. Auf je 1000 Mitglieder entfällt eine Stimme. 500 werden aufgerundet, also 1 Stimme, unter 500 wird abgerundet, also 0.

Die Stimmberechtigung ergab folgende Übersicht:

Bayern	5 000 Mitglieder	=	5 Stimmen
Berlin	1 200	"	= 1 "
Hamburg	1 800	"	= 2 "
Hessen	3 900	"	= 4 "
Köln	3 000	"	= 3 "
Elbe-Aller	700	"	= 1 "
Niedersachsen	1 964	"	= 2 "
Nordbaden	2 800	"	= 3 "
Nordrhein-Westfalen	10 400	"	= 10 "
Pfalz	1 000	"	= 1 "
Südbaden	1 200	"	= 1 "
Schleswig-Holstein	1 150	"	= 1 "
Weser-Ems	1 800	"	= 2 "
Württemberg	1 900	"	= 2 "
Rheinisch-Nassauischer Verband	400	"	= 0 "

ca. 37 814 Mitglieder = 38 Stimmen

Bei der Legitimation der Stimmberechtigung wurden vorgelegt:

Vollmacht des Bayerischen Schachbundes für
 Herrn Ludwig Riegel, Aschaffenburg,
 Vollmacht des Landesverbandes Schleswig-Holsteinischer
 Schachvereine für Herrn Willi Fohl, Hamburg.
 Telegrafische Vollmacht des Verbandes Niedersachsen für
 Herrn Richard Czaya.

Herr Czaya fuhr dann fort: Irgendwelche Beschränkungen des Stimmrechts aus noch nicht bezahlten Beiträgen werden heute nicht verhängt, weil es sich um die Geschicke der Arbeitsgemeinschaft und des zu bildenden Bundes handelt.

Herr Stock macht den Zwischenruf, daß das in Widerspruch stehe zu der Darmstädter Vereinbarung, nach welcher das Stimmrecht an die Zahlungspflicht gebunden ist. Um beiden Ansichten gerecht zu werden, schlägt

Herr Fohl vor, in Würdigung des Umstandes, daß heute etwas besonders Wichtiges verhandelt werde, den mit Zahlung rückständigen Verbänden wenigstens eine Stimme zu geben. Herr Fohl fügt aber hinzu, daß Herr Czaya mit der Nichteinschränkung auch recht habe.

Herr Czaya nimmt wieder das Wort und betont, daß es sich heute um die Regelung wichtiger organisatorischer Probleme handelt, die Verbände müssen deshalb ein entsprechendes Gewicht haben, um mitberaten zu können. Soweit es sich um Rechte und Pflichten einzelner Bünde und Verbände handelt, die durch das heutige Verfahren berührt werden, dann werden diese allerdings durch die heutige Ausnahme nicht legalisiert.

Herr Hillers möchte vermieden sehen, daß durch diese Ausnahme die rückständigen Beiträge in Gefahr kommen, im übrigen stimme er grundsätzlich Herrn Czaya zu.

Herr Fohl wünscht, daß sich ein Verband äußere, der nicht bezahlt hat, worauf Herr Czaya Herrn Riegel fragt, welcher sich mit dem einverstanden erklärt, was beschlossen wird.

Herr Czaya bittet die Herren, ihre Widersprüche zurückzuziehen, er halte die Einwände nicht für belangvoll. Wenn wir neue Abstimmungsgrundsätze geschaffen haben, dann wird mit dem heutigen Tage ein Schlußstrich gemacht. Ein Verband, der künftig nicht bezahlt hat, kann dann nicht mehr Mitglied einer Deutschen Schachgemeinschaft sein.

Herr Präsident Czaya geht dann zur **Tagesordnung** über.

Punkt 1. In der Annahme, daß die anwesenden Herren über die Beschlüsse des Präsidiums und Beirats im Bilde sind, will er eine Stunde darauf verwenden, um klarzustellen, wie die Lage ist. Die Geldfrage wird an den Schluß gesetzt, zuerst wird über die normalen Spielfragen und Auslandsbeziehungen orientiert.

1. Berlin. Bis Bad Pyrmont 1949 hatten wir die Berliner Sparte mit dem Osten als Mitglied. Im Herbst, vor der Darmstädter Tagung, gab es eine Teilung in eine Sparte für Ostberlin und einen Schachbund für Westberlin.

Als Vertreter des Berliner Verbandes ist Herr Gulweida hier. Das schließt nicht aus, daß in Berlin eine Spielgemeinschaft zwischen West und Ostberlin besteht. Die Berliner Einzel-, Mannschafts-, Damen- und Jugendmeisterschaften werden gemeinsam ausgetragen. Es gibt nur einen Berliner Meister, nur einen Vereinsmeister usw.

2. Ostzone. Den Begriff „Ostzone“ müssen wir verlassen. Bei unseren Brüdern in Ostdeutschland wird Wert darauf gelegt werden, daß dieser Teil Deutschlands „Deutsche Demokratische Republik“ genannt wird. Die Schachspieler der Deutschen Demokratischen Republik sind organisiert als Abteilungen der Landessportausschüsse. Es sind dort fünf Landesverbände. Die Organisationsspitze ist der „Deutsche Sportausschuß“ in Berlin. Bitte beachten Sie: nicht der „Ostdeutsche“, sondern der „Deutsche“ Sportausschuß. Falls wir eine Stunde später bei der Namengebung uns fragen, ob unser Bund Westdeutscher oder Deutscher heißen soll, dann müssen wir uns dieser Worte erinnern und erkennen, daß wir genau so deutsch sind, wie die Verbände im Osten. Herr Czaya hat sich seit Monaten bemüht, mit dem Deutschen Sportausschuß irgendwie ein gesamtdeutsches Übereinkommen zu treffen, er bekam aber keine Antwort. Im Dezember 1949 hat Herr Czaya sich an Herrn Hänicke in Berlin gewandt. Als darauf wieder nichts erfolgte, mahnte er und sandte dann Durchschrift des Briefwechsels an Herrn Gulweida, welcher durch persönliche Verhandlungen eine gewisse Klarheit erreichte. Es steht zu vermuten, daß ein spielerisches Übereinkommen zwischen

Deutschland-West und Deutschland-Ost zu erzielen ist. Herr Gulweida wird über die Lage in Berlin noch berichten.

3. Fide. Diese wird im wesentlichen repräsentiert durch ihren Präsidenten. Seit Juni 1949 hat dieses Amt Herr Folke Rogard in Stockholm inne. Auf die Briefe an ihn hat Herr Czaya keine Antwort erhalten, er hat aber Auslandsmitteilungen vorliegen, aus denen man ersieht, daß es nicht nur Deutschland so ergeht. Der Korrespondenzberg sei so hoch, daß von diesem noch nichts abgearbeitet sein kann. Herr Czaya hat aber indirekt etwas von Herrn Rogard erfahren: Der Redakteur einer deutschen Schachzeitung schrieb an Rogard, welcher eine Kopie dieses Briefes über Herrn Wade, England, leitete, der bekanntlich im Vorjahre in Deutschland war. Man sieht also daraus, daß man zurückfragt und im Ausland nicht mehr alles über uns glaubt. Herr Czaya stellt fest: Erstens, Herr Rogard hat ihm zwei Briefe nicht beantwortet, er bedauert, einen dritten nicht schreiben zu können. Zweitens zur letzten Fideitagung war Deutschland nicht offiziell eingeladen, Herr Römmig war aber persönlich anwesend. Zu Beginn wurde Herr Römmig vorgestellt, die Fideversammlung war sich also darüber klar, daß ein deutscher Vertreter anwesend war. Die Diskussion und der Bericht über Deutschland enthalten Tatsachen, die für Deutschland beleidigend sind (Zuruf: Sehr richtig!), ganz gleich, ob Herr Römmig das im Augenblick empfand oder nicht Herr Czaya hat Herrn Wade entsprechend geschrieben, falls Wert darauf gelegt werde, daß Westdeutschland auf dem Fidekongreß vertreten sei. Nach Kenntnis des Herrn Czaya ist der Fidepräsident befugt, Landesverbände aufzunehmen, deren Aufnahme dann beim nächsten Weltkongreß bestätigt wird. Herr Czaya schlug daher vor, daß Westdeutschland vor der Kopenhagener Tagung in die Fide aufgenommen wird.

Herr Fohl fragt dazwischen: Wer hat die Beleidigung Deutschlands verschuldet? und

Herr Czaya antwortet, von einer Kommission sei ein Bericht gemacht worden, in dem von 95 % Nazis im westdeutschen Schach gesprochen werde. Herr Dr. Voellmy sei der Verfasser gewesen.

Herr Fohl: Woher hat er diese Angaben?

Herr Czaya: Aus einzelnen Quellen deutscher und emigrierter Schachfreunde.

4. Die Damenweltmeisterschaft hängt indirekt mit der Fide zusammen. Diese Meisterschaft hat nun stattgefunden. Fr. Edith Keller wurde Fünfte bis Siebente. Nach Berichten spielte sie unter ihrer Form, psychologisch bedingt dadurch, daß sie in der ersten Runde eine Figur einstellte. Das ist aber keine Blamage, wenn eine Deutsche Fünfte wird unter sechzehn Teilnehmerinnen, sie hat Deutschland ganz achtbar vertreten. Die Sache ist so gelaufen: vor langer Zeit schrieb Herr Römmig an Herrn Rueb, wir hätten eine sehr starke Vertreterin. Damals war Fr. Edith Keller sowohl „Deutsche Damenmeisterin“ als auch „Sachsenmeister“, man nahm an, daß sie eine der stärksten Frauen der Welt sei. Herr Rueb benutzte den Stockholmer Kongreß 1948 sich das Recht geben zu lassen, auch Edith Keller einzuladen. Daraufhin erfolgte nun auch die offizielle Meldung durch die ADS an Herrn Rueb (mit Zustimmung der Landessparte Schach Sachsen). Herr Czaya hat in dieser Sache mehrfachen Schriftwechsel gehabt, auch mit dem Deutschen Sportausschuß. Als die Damen-Weltmeisterschaft kurz vor dem Beginn stand, las man im „Schach-Expres“, daß die Benennung Edith Kellers durch die ADS erfolgte. Seit Mitte 1949 war die Sache klar, in Frage stand nur noch der Termin des Turniers. Nach diesem Sachverhalt gab es keine Möglichkeit mehr, eine Änderung vorzunehmen, auch wenn später Turniere eine Änderung des Ranges bringen. Herr Czaya hatte den Deutschen Sportausschuß gebeten, die Betreuung von Fr. Keller zu übernehmen.

5. Ausland. Mit Herrn Dr. Voellmy, der außerordentlich kritisch gegen Deutschland eingestellt war, hat Herr Czaya zahlreiche Briefe gewechselt und seine Annahme, daß dieser Briefwechsel nicht ohne Ergebnis auf eine günstigere Ansicht Dr. Voellmys über das heutige Deutschland geblieben sein

wird, wird zutreffen. Die Fide beabsichtigt, in diesem Jahre eine **Länder-Olympiade** aufzuziehen, wie 1930 in Hamburg, in Vierermanschaften. Es ist die Aussicht für Deutschland vorhanden, eine Mannschaft zu entsenden. Die persönliche Meinung unseres Herrn Präsidenten ist allerdings, daß das Zustandekommen der Olympiade nicht sicher wird, weil das vorgesehene Gastland Jugoslawien ist.

Meister **Unzicker**, welcher sich in Luzern schon einmal den I. Preis holte, hat am **Weihnachtsturnier in Luzern** wieder teilgenommen. Diesmal teilte er den 2./3. Preis mit Rabar und man muß seinen Platz als gut abgeschnitten bewerten, zumal 7 Runden in viereinhalb Tagen gespielt wurden.

Aus England haben wir einige nette Einladungen vorliegen. In Southsea findet ein Osterturnier eines englischen Unterverbandes statt. Mr. Golombek, der auch der neue England-Champion ist, hat als offizielles Mitglied des Turnierkomitees an die ADS Einladungen für den champion of Germany und für Lothar Schmid gerichtet. Herr Czaya bemerkt, daß die Benennung Bogoljubows als „Großmeister“ nicht von ihm, sondern von Mr. Golombek angewandt wurde, woraus man schließen darf, daß England die von der Fide aufgestellte Liste der internationalen Großmeister, in welcher Herr Bogoljubow fehlt, als unvollständig empfindet. Die Bedingungen sind, wenn auch nicht „millionärös“, so doch gut annehmbar. Auch über Großmeister Bogoljubow waren im Ausland Diskussionen, weil er in der Nazizeit an deutschen Turnieren teilnahm. Diese Einladung rechtfertigt also seine Person. Wir sind im Schach unpolitisch.

Vielleicht kann sogar noch ein dritter Deutscher den Weg über den Kanal machen. Herr Czaya nannte Niephaus (Herr Dr. Rasquin betont durch Zuruf, daß er auch Niephaus für den Geeignetsten halte) und Herr Czaya sagt, daß er dessen Namen bereits nach England telegraphierte. Zu Großmeister Bogoljubow gewandt: Ich hoffe, Sie Drei bringen auch die drei ersten Preise mit nach Hause.

Herr Dr. Maß, Bremen, hat Gelegenheit genommen, sich mit Mr. B. H. Wood über den Austausch von deutschen und englischen Jugendschachern zu unterhalten. Die Engländer haben die Absicht — und zwar geht es von Birmingham aus — eine **Jugend-Weltmeisterschaft** aufzuziehen. Daraufhin haben wir die Einladung erhalten, unseren stärksten Junior hinzuschicken und wir sagten grundsätzlich zu. Normalerweise käme der Deutsche Jugendmeister in Frage, da aber in England die Altersgrenze etwas höher liegt als bei uns (20 Jahre), hätten wir etwas Spielraum.

Herr Dr. Rasquin empfiehlt aber, keine Ausnahmen zu machen, sondern Ed. Klaeger zu melden.

Herr Czaya weist darauf hin, daß in den Randgebieten Deutschlands eine erfreuliche Nachbarschaft mit dem angrenzenden Ausland besteht, so haben sich Bayern und Tirol schon getroffen, sowie Südbaden und Basel. Ein Rückwettkampf ist geplant. Herr Dr. Voellmy hat sich bei diesem Treffen gefreut über den persönlichen Meinungs- und Nachrichtenaustausch mit Herrn Stock. Das wird sichtlich weiterhin zur objektiven Kenntnis Dr. Voellmys über Deutschland führen.

Es wird daran erinnert, daß im vergangenen Jahre Mannschaften aus Holland und der Schweiz in Jugoslawien waren, dort hoch verloren, und daß wohl die Absicht besteht, daß Jugoslawien Gegenbesuch macht. Mit der Schweiz ist er schon vereinbart und deshalb hat Herr Czaya bei Herrn Dr. Voellmy angefragt, ob er einen **Wettkampf zwischen Deutschland und Jugoslawien** einleiten könne. Darauf bekam er von Herrn Rabar indirekt einen Brief, der an den Präsidenten des Baseler Schachvereins gerichtet war und in dem Jugoslawien prinzipiell seine Bereitschaft ausdrückte, gegen Deutschland zu spielen. Nachricht würde von Präs. Czaya erwartet. Vor einigen Tagen hat nun Herr Czaya nach Jugoslawien telegraphiert:

„Bezugnahme Brief Rabar über Basel, erbitte Drahtantwort, ob Mannschaftskampf Jugoslawien Westdeutschland zwischen 1. und 6. April möglich. Anderer Termin für uns nicht frei. Austragungsort Essen. Zehn

Bretter, 2 Partien. Gastfreundschaft und Reisekosten ab deutscher Grenze. Erbitte Nachricht, ob möglich.“

(Inzwischen leider wegen Abwesenheit von Pirc, Gligorić und Trifunović in Mar del Plata von Jugoslawien abgesagt.) Der Austragungsort wurde nach Nordrhein-Westfalen gelegt in Anerkennung der besonders großen Leistungen dieses Bundes. Gedacht ist an den „Kaiserhof“ in Essen als idealen Treffpunkt internationalen Formats. Vielleicht kann dort auch eine engere Verbindung mit unserer Bundesregierung gefunden werden, an deren Unterstützung es nicht fehlen sollte, wenn wir das Ausland zu uns führen. Wir müssen auch kaufmännisch denken, und neben dem kulturellen und spielerischen Wert eines solchen Kampfes darf nicht übersehen werden, daß dadurch Fäden zu wirtschaftlichen Verbindungen gezogen werden.

Herr Czaya wiederholt seine Worte, die er an unsern Jungmeister Unzicker geschrieben hat: er würde sich keinen Tag besinnen, einen Wettkampf zwischen der UdSSR und Westdeutschland abzuschließen, daher habe er auch keinen Zweifel, daß der Kampf mit Jugoslawien berechtigt ist. Wir sind, was immer betont wird, politisch neutral.

Mit Großmeister Bogoljubow kommt das Gespräch darauf, daß ein **internationales Turnier auf deutschem Boden** geplant ist. Um die Kosten zu teilen, soll es in vier Etappen laufen, am ganzen Rhein entlang von Freiburg bis Bonn. Allerdings bestehen noch finanzielle Schwierigkeiten. Die Terminfrage müßte mit der Deutschen Meisterschaft in Übereinstimmung gebracht werden.

Es liegt auch eine **Einladung aus Leipzig** vor. Herr Kübart hat sich um dieses Turnier bemüht, das vom 16. bis 29. April im Hotel International (früher Fürstehof) in Leipzig stattfinden soll. Es sind Sachpreise vorgesehen. Eingeladen wurden die Herren Czaya (kann leider nicht), Dr. Tröger, Georg Kieninger und Hönlinger. Grundsätzlich wäre der Präsident dagegen gewesen, wenn er nicht inzwischen durch Herrn Gulweida gehört hätte, daß der Deutsche Sportausschuß als offizielle Behörde sich zu uns normal einstellen will.

Erwähnt wurde noch der Vollständigkeit halber, daß sich ein jugendlicher Engländer beworben hat, an einem deutschen Turnier teilzunehmen. Seine Turniererfolge rechtfertigen dies aber nicht.

6. Unser Bundesgebiet.

Vorentscheidungen für die Deutsche Meisterschaft 1950. Soweit bekannt haben die Verbände ihre Anwärter ermittelt mit Ausnahme von Berlin (Turnier läuft jetzt) und Norddeutschland (es soll noch eine Ausscheidung erfolgen).

Zwischen dem Kölner Verband und dem Bund Nordrhein-Westfalen bestehen im Sauerland Grenzstreitigkeiten.

Es fand auch ein kurzer Schriftwechsel mit den Herren Menke und Lücke statt, ob es zweckmäßig sei, daß drei Verbände in einem Lande nebeneinander existieren und ob man evtl. bereit sei, einen Landesverband Niedersachsen zu bilden. Dieses Stichwort wird für die späteren Verhandlungen im heutigen Kongreß vorgemerkt.

Zu Bayern berichtet Herr Czaya, daß er auf dem Kongreß in Regensburg war. Herr Fersch ist trotz seiner Unermüdlichkeit durch Überlastung in solche Verhältnisse gekommen, daß er den Vorsitz in andere Hände geben mußte. Es war ein Wunder, daß sich ein Schachfreund fand, der den Bund übernehmen wollte. Herr Klein hat versucht, die Dinge in Ordnung zu bringen. Als Hauptschritt erfolgte der Anschluß an den Landessportverband, um die Finanzlage leichter regeln zu können. Die ersten Beträge aus dem Fußballtoto wurden zugesagt. 350 D-Mark sind à conto an die ADS geschickt worden. Herr Klein schrieb dazu: „Schimpft mich nicht, weil ich meinen Kopf hingehalten habe, gebt mir Vertrauen“.

Im **Caissa-Pokal-Turnier** sind in der Endrunde Lothar Schmid und Walter Niephaus. Am 4. März wird in Wiesbaden die Entscheidungspartie um den Pokalmeister gespielt. Der Pokalgedanke hat sich durchgesetzt und es gebührt Herrn Dr. Tröger alle Anerkennung für diese Idee und die Sysphusarbeit, die gerade in den ersten Runden damit verbunden war. Es ist zu überlegen, ob der Pokalgedanke nicht in unserem Ideengut verankert werden kann.

In **Weidenau** soll in diesen Tagen ein Turnier begonnen haben, es werden einige Teilnehmer genannt. Klarheit wird von einzelnen Herren auf der Heimreise gewonnen.

Sogar Fernschach hat Herr Czaya im Vorjahre gespielt, vornehmlich mit dem Zwecke, internationale Beziehungen für die ADS zu schaffen. In der Championgruppe mit Dänemark, Holland, Schweden, USA, Bulgarien (russische Bücher), Australien (schwere Carepakete, hm! hm!) ist er mit seinen Leistungen zufrieden, besonders aber mit der sich dabei gebotenen Korrespondenz. Dieses Jahr hatte sich Herr Czaya zum Reserveturnier in Beverwijk gemeldet und er weist auf die Schwierigkeiten hin, die der britische Beamte in Hannover machte, weil er keine Pässe unter 10 Tagen ausgeben kann, wodurch seine Teilnahme scheiterte.

Zwei Problemturniere wurden ausgeschrieben, Mattproblemturnier durch die „Schwalbe“ und ein Endspieltturnier in den „Deutschen Schachblättern“.

Zum Schluß seines Berichtes geht Herr Präsident Czaya auf die **Deutschen Meisterschaften** ein. Es wurden im Vorjahre vier Meisterschaften ausgetragen: die normale oder Senioren- (I. Bogoljubow), Jugend- (I. Edgar Klaeger), Damen- (I. Frau Rinder) und Vereinsmeisterschaft (I. Barmen 1865). Es besteht keine Veranlassung, für 1950 nicht dasselbe auszurichten. Unter Umgehung seiner Präsidiumskollegen hat Herr Czaya Verhandlungen mit der Ostzone geführt und den Vorschlag gemacht, daß die Deutsche Meisterschaft von Westdeutschland übernommen wird mit dem voraussichtlichen Tagungs-ort Bad Pyrmont. Es werde angestrebt, daß Herr Ministerpräsident Kopf wieder die Schirmherrschaft übernehme. Bescheidene Zuschüsse der Kurverwaltung und des Kultusministeriums sind sicher. Berlin wurde angeboten, die Vereinsmeisterschaft zu übernehmen. Es sollten 2 Mannschaften aus Westdeutschland, eine Mannschaft aus Berlin (wobei wir nicht wissen, ob der Verein aus West- oder Ostberlin sein werde) und eine Mannschaft aus dem übrigen Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zusammentreffen. Angeboten wurde ferner, daß entweder die Damen- oder die Jugendmeisterschaft im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik gestartet werden könne. Nach mündlichen Berichten ist diese Basis angenommen, die schriftliche Bestätigung scheint laut Mitteilung von Herrn Gulweida zu erwarten sein.

Der letzte Punkt des Berichtes ist der Hinweis auf den „Mäzenaten-Schachbund“, den **Allgemeinen Deutschen Schachklub e. V. (ADSC)**. Es werden hier dessen Präsident, Herr Pohlenz, und der Vizepräsident Herr Kabitz erwartet (welche auch später eintrafen). Wir müssen wissen, ob dieses Nebeneinander zweckmäßig ist oder nicht, wie die Arbeitsgebiete abzugrenzen wären, wieviel Geld vom ADSC an den „armen Bund“ abgegeben werden. Damit hat Herr Präsident Czaya die Anwesenden in großen Zügen über die Lage und offenen Fragen orientiert und er bittet nun den Vorsitzenden des Berliner Schachverbandes, Herrn Gulweida, um den Bericht über das Berliner Schach.

Herr Gulweida hatte im Auftrage unseres Präsidenten mit der Berliner Schachsparte und dem Deutschen Sportausschuß Verhandlungen geführt. Herr Müller vom DSpA bedauerte es lebhaft, daß drei Briefe der ADS unbeantwortet blieben und er werde es nachholen. Der DSpA. ist bereit, die Deutschen Meisterschaften (Einzel, Jugend, Damen, Mannschaften) mit der ADS auszutragen, und Herr Gulweida wurde von Herrn Müller beauftragt, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit Herrn Czaya zu übermitteln. Es wird ein Einblick gegeben, wie die bereits laufende Berliner Vereinbarung zustande kam und funktionierte. Trotz Ost und West gibt es in Berlin nur **einen Meister, einen Jugend-, einen Vereinsmeister** und nur **eine Damenmeisterin**, darin sind sich die Schachspieler an der Spree einig. Die letzten zwei Monate waren sehr aufregend. Der Schachverband wurde erst nach der Schachsparte gegründet. Zur Zeit tragen sie alle Kämpfe gemeinsam aus und mit Berliner Optimismus glaubt Herr Gulweida, daß es länger so bleibe.

Herr Czaya dankt Herrn Gulweida und ergänzt, daß sein Angebot zur Austragung von Jugend- und Frauen-Meisterschaften in der Ostzone nicht und

sondern **oder** laute, er habe aber gegen **und** nicht unbedingt etwas einzuwenden. Wegen des gesamtdeutschen Schachbundes bis zum Fidekongreß in Kopenhagen sehe er schwarz, jedoch halte er eine Arbeitsgemeinschaft für möglich. So wäre es sinnvoll, wenn die ADS und der Deutsche Sportausschuß gleichzeitig in die Fide aufgenommen würden. Ebenso sinnvoll wäre es, wenn beide Verbände ihre Grenzen und Zuständigkeiten gegenüber der Fide abstimmen würden. Bevor wir gemeinschaftlich eine deutsche Meisterschaft austragen, müßten wir uns darüber einigen, ob die beiden Ersten aus der Deutschen Meisterschaft oder jeder Erste aus den beiden Zonen Deutschland bei der Fide vertreten. Ferner sei ein Abkommen notwendig über die Teilnehmerzahl, die wir dem Osten bei der Deutschen Meisterschaft zubilligen müssen. Für Berlin einen Platz, für die Deutsche Demokratische Republik zwei Plätze liegen vorerst fest. Ausgehend von der Mitgliederzahl sind zwei wenig, nach der Zahl der Meister sind zwei fast ausreichend.

Herr Czaya fragt Herrn Dr. Rasquin, ob diese Ausführungen seine Zustimmung haben, was dieser bejaht.

Der Kassier Herr Schmidtnr verweist auf den Jahresabschluß 1949 mit Kommentar, den er den Landesverbänden zugesandt hat. Wie aus der Abrechnung ersehen werden kann, wurde wirtschaftlich gearbeitet. Wenn die Außenstände hereingekommen wären, dann wäre ein Überschuß vorhanden. Unserem Herrn Präsidenten Czaya, der ja der Hauptgläubiger der ADS war, wurden fast 1500,— DM zurückgezahlt, so daß er nur noch rund 1000,— DM zu erhalten hat. Das sind die einzigen Schulden der ADS. Die Außenstände sind aber höher, so daß es ein Plus ergibt.

Herr Kurz legt die Grenzschwierigkeiten klar. Aus dem Kölner Verband ist der Bergische Kreis ausgetreten, der 350 Mitglieder gemeldet hatte, sich aber weigerte, für mehr als 30 Mitglieder zu bezahlen. weil nur sovielen an den Turnieren teilgenommen hatten. Der Bergische Kreis will sich nun beim Bund Nordrhein-Westfalen aufnehmen lassen. Dagegen würde Köln nichts einwenden, es müsse aber darauf gedrungen werden, daß vorher die alte Schuld beglichen werde. Das wird von Herrn Präsidenten Czaya bestätigt.

Punkt 2 kommt an die Reihe, es fließen aber **Punkt 3 und 4** in die Debatte mit ein.

Herr Präsident Czaya erklärt, daß er mit Absicht einen Gesamtüberblick geben wollte, damit mit Kenntnis aller Tatsachen an die Behandlung organisatorischer Probleme herangegangen werden kann. Als das Präsidium und der Beirat (dem die Vorsitzenden der Bünde angehören) in Darmstadt waren, nahmen die Kassenverhältnisse in der Debatte einen so breiten Raum ein, daß eine Diskussion anderer Dinge unmöglich war. Damals stand es mit der Kasse sehr trostlos; die zahlenden Verbände sahen nicht ein, warum sie zahlen sollten und die anderen hätten ohne zu zahlen die gleichen Rechte. Die Nichtzahler hatten natürlich auch Gründe vorzubringen. Es ist nun der Zeitpunkt gekommen, daß wieder normale deutsche Sportverbände geschaffen werden, z. B. Fußball, Tischtennis u. a. Wir sind über die Arbeitsgemeinschaften hinausgewachsen. Nach Ansicht des Herrn Präsidenten hat eine Mitgliedschaft bei der Fide Satzungen einer deutschen Organisation zur Voraussetzung. Der Name interessiert im Augenblick wenig, ob ADS e. V. oder Deutscher Schachbund e. V., wesentlich ist, daß man sich darüber klar wird, ob ADS oder DSB sämtliche Verbände zu Mitgliedern haben will, auch wenn sie nicht oder nicht voll zahlen würden. Wie sich das auswirkt, zeigt folgendes Beispiel: Ein Verein hat 50 Mitglieder, meldet aber nur 35 dem Bezirk. Der Bezirk, der nach diesem Abstrich schon eine kleinere Zahl zusammenbringt, hat 500 und meldet dem Verband nur 350. Der Verband mit 3800 meldet nur 1900. Herr Czaya habe bei seinem Heimatverband, den er vertreten soll, dieses Gefühl. Das ist ein Punkt, der nicht ganz lauter ist und der ein Ende finden muß. Die Stimmung war in Darmstadt so, daß das Präsidium entschieden erklärt hatte, eine Verantwortung für die ADS unter solchen Verhältnissen nicht tragen zu wollen. Die Herren des Präsidiums haben sich bereit erklärt, in Ruhe bis zum heutigen Kongreß die Geschäfte weiterzuführen, aber heute ihre Ämter zur Verfügung zu stellen. Für Verpflichtungen der ADS im Jahre

1949 stehe Herr Präsident Czaya persönlich ein, aber er könne nicht seinen Namen für irgendwelche Schuldenmacherei bloßstellen, es müsse ein Ende gemacht werden. Es wird nach seiner innerlichen Überzeugung niemandem zumutbar sein, seinen Namen und seine Verantwortung dafür zu geben, unter unfaßbaren Bedingungen in die Verantwortung hineinzusteigen. Es steht zur Diskussion, die ADS zu begraben und einen Deutschen Schachbund zu gründen mit Verhältnissen, die sicherer sind als die ADS sie hatte. Herr Czaya glaubt, daß der Zeitpunkt zur Änderung jetzt nicht falsch ist. Wir haben mit der Arbeitsgemeinschaft Erfolg gehabt, sonst wären wir nicht dazu gekommen Meisterschaften auszutragen und sonstige anerkannte Leistungen zu zeigen. Wir haben ein genaues Bild über den Wert der Deutschen Mark, wir können daran Geltung, Auswirkung und Umfang eines deutschen Bundes ermessen. Heute können wir mit einiger Sicherheit sehen, welche Verhältnisse uns erwarten. Ob wir den vorgezeichneten Weg beschreiten wollen oder nicht, das ist der Kernpunkt. Oder ist die Mehrheit der Ansicht, daß die Arbeitsgemeinschaft weiterbestehen soll?

Herr Dr. Rasquin erklärt für seine Person, daß er die grundsätzlichen Ausführungen des Herrn Präsidenten unterstreiche und daß er die Änderung des jetzigen Zustandes für absolut notwendig erachte, innen- wie außenpolitisch.

Herr Kurz sagt, daß wir alle überzeugt seien, daß es anders werden müsse. Eine große Diskussion sei nicht notwendig, wenn wir feststellen, daß eine Änderung statfinde, es dürfe aber nicht außer Acht gelassen werden, daß die Türe, die nach dem Osten sich etwas geöffnet habe, durch eine Namensänderung sich wieder schließen könnte. Er sei dafür, den Namen ADS beizubehalten und durch „e. V.“ zu ergänzen, damit die Zusammenarbeit mit der Ostzone gewahrt bleibe.

Herr Fohl ruft zugleich, Hamburg stimme der Gründung eines Deutschen Schachbundes nur zu, wenn sich die Ostzone restlos dazu geselle, andernfalls wünsche er Vertagung. Die ADS habe anstandslos und gut gearbeitet, im vergangenen Jahre gab es eine Deutsche Meisterschaft, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht gesehen haben. Man löst etwas auf, das nicht schlecht ist. Die Beitragsgeschichte ist eine Sache etwas am Rande. Die Auflösung der ADS sei ein sehr weitgehender Beschluß, den wir fassen würden. Die Türe nach der Ostzone habe sich etwas geöffnet, diese Türe kann zuknallen, wenn wir die ADS auflösen. Die ADS entstand, als Ost und West durch die Elbe noch nicht getrennt waren. Wir sind ja kein Deutscher Schachbund, sondern ein Schachbund westzonalen Prägung, nur ein Teil eines deutschen Schachbundes. Stellen Sie sich vor, ein Schachbund in Berlin stellt einen Antrag bei der Fide und ein Deutscher Schachbund auch . . .

Herr Dr. Rasquin: Warum können denn das die anderen Verbände?

Herr Fohl: . . . das können sie nicht. Lassen Sie die Sache ausreifen, sie wird es und wenn sie ausreift, können wir auf einen Generalnenner kommen, um die legitimierten Vertreter des gesamtdeutschen Schachbundes zu werden. Wir sind solange ohne Fide ausgekommen, wer gibt Gewähr, daß wir aufgenommen werden? Die Russen werden einen westlerischen Verband ablehnen, in diesem Sinne haben sie sich geäußert. Was ist das für ein Eindruck, wenn wir mit 20:19 Stimmen aufgenommen werden? „Ich bin mit allem zufrieden, was Herr Czaya sagte, aber ändern Sie den Namen nicht! Die Beiträge sind eine lächerliche Angelegenheit (Lachen im Saal). Wir können auch so straff vorgehen. Meinetwegen hängen Sie ein „e. V.“ daran. Gründen Sie heute einen Deutschen Bund, dann wäre dies die Anerkennung der Elbelinie. Das ist das, was ich als Kulturseparatismus bezeichne. Denken Sie daran, wie sich das Römische Reich in Rom und Byzanz teilte, beide Staaten bekamen eine vollkommen andere Prägung. Hamburg steht restlos hinter dem jetzigen Präsidium, aber unter altem Namen.“ Herr Fohl glaubt an eine obligatorische Schach-einheit in absehbarer Zeit nicht. Wir haben tatsächlich einen westdeutschen Staat, der seine Ansprüche auf den Osten nicht aufgibt, und einen ostdeutschen, der sein Recht auf den Westen beansprucht. Wir haben also zwei Staaten und

dieser Dualismus wird eine zeitlang bleiben. Er ist mit den politischen Grundanschauungen sehr stark verknüpft, und wir werden einmal entweder nur ostisch oder westisch denken. Es können die Grundsätze der ADS weltanschaulich vollkommen neutral gehalten werden, sodaß wir bereit sind zur Zusammenarbeit mit allen Ländern.

Herr Präsident Czaya beantwortete diesen temperamentvollen Ansturm, indem er aus dem Januarheft 1950 des „Schach-Express“ eine Proklamation des Deutschen Sportausschusses betont langsam, mit kleinen Pausen zum Nachdenken, vorlas:

„Unser Schach erlebt in der Deutschen Demokratischen Republik seine Renaissance. Die Eingliederung in die demokratische Sportbewegung gibt uns die Möglichkeit, gemeinsam mit allen fortschrittlichen Sportlern am Wiederaufbau Deutschlands mitzuarbeiten und darüber hinaus in Verbindung mit den volksdemokratischen Freunden aller Nationen den Frieden zu erhalten. Die Erreichung dieses Zieles sowie die Erfüllung der uns gestellten wirtschaftlichen und kulturpolitischen Aufgaben der Gegenwart fordern den tatkräftigen Einsatz aller Denksportler an ihren Arbeitsplätzen und im politischen Leben. Nur durch Mitarbeit in der Gemeinschaft ändern wir die Gegenwart und meistern die Zukunft.“

Zum Gelingen unserer Arbeit gaben uns die FDJ und der FDGB die Grundlage, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Förderung und der Deutsche Sportausschuß die Lenkung.

Das Jahr 1950 stellt uns große Aufgaben. Wir werden mit unseren Freunden aus der Sowjetunion und den volksdemokratischen Republiken Turniere durchführen und die Brücken zur Völkerverständigung schlagen.“

Dann setzte Herr Czaya fort: **Die Fide** ist über Deutschland unterrichtet und vermutlich grundsätzlich bereit, zwei deutsche Verbände aufzunehmen, sofern sich diese in ihren Grenzen nicht zanken. Es gibt darüber hinaus noch eine Möglichkeit, die sogar einen guten Vorgänger hat. Die Tschechoslowakei war mit dem Tschechischen Schachbund und zugleich mit dem Deutschen Schachverband in der Tschechoslowakei Mitglied der Fide. Allerdings war die Abgrenzung nicht räumlich, sondern in der Art ihrer Mitglieder. Heute ist es aber wohl nicht möglich, daß die ADS oder der Deutsche Sportausschuß in die Fide aufgenommen werden, solange der eine Verband Ansprüche auf ein Gebiet stellt, das der andere als das seine beansprucht. Das heißt, irgendeine klare Abgrenzung ist die Voraussetzung, sonst lohnt es sich nicht, um eine Mitgliedschaft bei der Fide sich zu bemühen.

Herr Riegel kann sich nicht der Ansicht des Herrn Fohl anschließen, daß eine Grenze gezogen wird. Man kann die Breite und Ausdehnung in der Satzung ausdrücken. Ein kleiner Haken liegt in dem Worte „Deutscher...“, der sich widerlegen läßt. Es muß sich doch eine Formulierung finden lassen, die es einer Nachorganisation möglich machen würde, in die Rechte des Deutschen Schachbundes einzutreten. Der Bayerische Schachbund und sein Vorsitzender Herr Klein begrüßen den Schritt zur Gründung des Deutschen Schachbundes und unterstützen ihn.

Herr Menke erinnert, daß die ADS eine Notlösung innerhalb der Trizone war, solange die Zonengrenzen bestanden. Worauf wollen wir denn warten, bis zum nächsten Kriege? Wir müssen den Tatsachen Rechnung tragen. Die Zusammenarbeit mit dem Osten bleibt, ob es ADS oder DSB heißt. Fragen Sie Herrn Gulweida. (Sehr richtig! von mehreren Seiten). Allerdings sei die ADS nicht aufzulösen, sondern überzuleiten in den Bund. Der Standpunkt von „Elbe-Aller“ ist, daß der Deutsche Schachbund mit den gegebenen Grenzen der Rechtsnachfolger der ADS ist.

Herr Kabitz: Kann der alte Name nicht beibehalten werden? Wir haben ja den DAC, Deutschen Automobilclub, den ADSC, warum sollen wir nicht „ADS“ für „Allgemeinen Deutschen Schachbund“ beibehalten?

Herr Schmidtner sieht das nur als eine Namensschildänderung an.

Herr Dr. Rasquin: Eine so einfache Lösung, wie sie Herr Kabitz vorschlägt, wäre schön, aber es geht nicht um die Abkürzung, sondern um unseren vollen Titel. Vor dem Wort „Allgemeiner“ möchte er sogar warnen, das würde erst recht nach einer Brückierung aussehen und Ansprüche auf die Ostzone vermuten lassen. Herrn Fohl kann er in keiner Weise beipflichten und möchte sich hinter die Ansicht des Herrn Menke stellen. Herr Fohl hat vergessen, daß die Ostzone ja längst in dieser Umbildung vorausgegangen ist und sie wohl nur darauf wartet, daß wir ein Gleiches tun. Wenn Sie den von Herrn Czaya verlesenen Neujahrsaufruf ansehen, dann hat der Osten schon das *fait accompli* geschaffen. Das zwingt uns, nach außen hin zu dokumentieren, daß der Westen ein Gleiches schafft. Wir könnten sagen „ADS e. V.“ und die Satzungen straff halten, es ist aber eine Notwendigkeit nach außen hin, gegen Ostzone und Fide, daß wir uns organisatorisch umgestalten wollen im Betriebe der Bundesrepublik. Beide haben ja erklärt, auf dieser Basis mit uns zusammenzuarbeiten; wenn wir das fertigbrächten, wäre es ein Idealzustand.

Herr Stock hat den Eindruck, daß wir viel zu viel von Politik sprechen, das wäre nicht unsere Aufgabe. Vor Tatsachen stehend, die von anderer Seite geschaffen wurden, müssen wir Ordnung bringen in unser eigenes, inneres Haus. Er heißt diesen Willen gut und er muß sich durchsetzen, denn es kann niemandem zugemutet werden, noch sein Privatvermögen einzusetzen, nur daß die Arbeit geschafft werden kann. Darum sollten wir Manns genug sein, die jetzige Gelegenheit zu erfassen, den Bund und damit sichere Verhältnisse zu bringen.

Herr Dr. Lauterbach führte sich mit den gestern gehörten Worten ein: „Was kann aus dem Südwesten schon Gutes kommen“, er müsse dennoch als Kritiker auftreten. Wir sind uns alle einig, daß die ADS erfolgreich gearbeitet hat. Die Organisationsform einer losen Gemeinschaft hat sich ausgezeichnet bewährt, weil sie nicht von „Verbänden“, sondern von „Bünden“ gebildet wurde. Der Name „Deutscher Schachbund“ bedroht unter anderem die bisherigen Verbände. Das geht nicht an. Wir halten die Form der Unterverbände bei. Auch die Arbeitsgemeinschaft kann sich eine Satzung geben und auch als e. V. eintragen lassen. Die Kassenfrage ist einfach, man kann die Mitgliederstärke bis in die letzte Linie kontrollieren, in dem man die Mitgliedsausweise vom Verband ausstellt. Damit hat man die Vereine endgültig in der Hand. Wenn wir in Nordbaden 2800 melden, dann sind soviel da. Er verwies auf die Fußballdiskussion Dr. Diem—Dr. Bauwens, dort hat man gemerkt, daß die Stunde noch nicht reif sei. Es ist fraglich, ob bei uns die Stunde reif ist. Wir dürfen durch einen neuen Namen es unseren Schachfreunden im Osten nicht noch schwerer machen. Es sind uns in den Verbänden keinerlei Unterlagen über eine neue Organisationsform, die heute entstehen soll, zugegangen. Herr Dr. Lauterbach spricht zunächst für Baden, er weiß aber auch andere Verbände, in gleicher Lage. Es ist nicht möglich, hier so weitgehende Beschlüsse zu fassen, bevor wir in unseren Verbänden darüber gesprochen haben. Zugegeben, daß es nicht am Namen hänge, darum solle man auch nicht auf den Namen sehen, es beim alten lassen und um so mehr auf die Verbesserung der Organisationsform hinarbeiten.

Herr Czaya stellt fest: wenn der westdeutschen Spitzenorganisation ein klareres Gefüge gegeben wird, dann ist es unzweideutig, daß diese Spitze einen Zuwachs an Recht erhält, das bedeutet, nach seiner Logik, eine Minderung der jetzigen Verbands- und Bundesrechte. Es ist dann nicht mehr eine lockere Arbeitsgemeinschaft, sondern ein Gefüge, daß eine Einordnung stärkeren Grades der Bünde in den Gesamtbund erfordern würde. Eine lockere Arbeitsgemeinschaft deutscher Verbände wird es mehrere hundert Prozent schwerer haben, Mitglied der Fide zu werden, als ein Bund mit klarer Gliederung. Feste Satzungen wurden heute deshalb nicht mitgebracht, weil es aus Arbeitsüberlastung nicht möglich war, etwas Durchgearbeitetes vorzulegen und weil es Herr Czaya nicht für opportun hielt. Der Kongreß sollte ja nicht in eine Marschroute gedrängt werden, wir wollten erst über die Grundfragen

einig werden, da wir ja mit einer Satzung auch die Konsequenzen der Satzung auf uns nehmen.

Herr Czaya stellt die Frage doppelt: welcher Verband würde sich ausschließen, falls die Arbeitsgemeinschaft beibehalten würde, und welcher Verband würde sich ausschließen, wenn ein neuer Name gewählt würde? Es hängen Fragen von wesentlicher Bedeutung damit zusammen. Entweder: der Bund ist Rechtsnachfolger der ADS, oder: der Bund ist Organisationsnachfolger.

Herr Dr. Rasquin wirft ein: mehr kann er auch nicht sein.

Herr Czaya würde sich für das Zweite entscheiden, damit die Kasse mit DM 00.00 anfangen kann und er stellt nun die Frage: welche Verbände oder Bünde würden ausscheiden, falls die lockere ADS beibehalten würde bzw. welche Verbände würden die Rechtsnachfolge e. V. mit stärkeren Rechten der Spitze nicht mitmachen?

Herr Dr. Lauterbach sagt, daß er in einem Punkt nicht ganz deutlich war. Wenn wir den alten Namen ADS beibehalten wollen, uns eine Satzung geben, e. V. werden und die Bünde auf einen Teil der Rechte verzichten, dann wollen wir das auch, nur können wir uns dem neuen Namen nicht anschließen und

Herr Menke betont dagegen, daß der Name, den wir haben, heute nicht mehr paßt. Wir sind so eine Arbeitsgemeinschaft der Bünde und eine solche entfällt in dem Augenblick, in dem die Organisation straffer wird.

Herr Werner möchte als Jurist eine irrtümliche Ansicht berichtigen: auch die Arbeitsgemeinschaft ist eine Rechtspersonlichkeit. Wir sind kein e. V., aber wir sind doch so etwas wie eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts. Wenn sich zwei, drei Leute zusammentun, um ein Geschäft aufzumachen, sind sie eine Rechtspersonlichkeit und unsere ADS gehört in die gleiche Gattung.

Herr Riegel hält die Vorsicht eines Verbandes, seine Selbständigkeit zu verlieren, für überholt, wir sollten endlich diese föderalistischen Standpunkte verlassen und danken, daß wir eine festere Einheit schaffen können. Große Verzicht der Bünde sieht er gar nicht, ihm schwebt die große deutsche Gemeinschaft vor („wenn auch nicht eine großdeutsche“) fügt er lächelnd hinzu.

Herr Gulweida ist es schwer gefallen, so ruhig zuhören zu müssen und er legt los. In Berlin, im Deutschen Sportausschuß sieht man die Sache ganz anders an und dieser ist sich klar darüber, daß wir heute Deutscher Schachbund werden! Man hätte im Gegenteil kein Verständnis dafür, wenn wir eine Schwäche zeigen würden, und diese Blöße dürfen wir uns nicht geben. Berlin wartet heute auf den Deutschen Schachbund! (Vielseitiges Bravo!)

Herr Dr. Gruhl: Aus Nordrhein-Westfalen kommt immer etwa Gutes — aus dem Westen und Südwesten auch, denn Herr Dr. Lauterbach bejaht durchaus, daß die Organisation straffer werden soll. Wir sind dazu gekommen, zu erkennen, daß die Zeit endlich reif geworden ist. Man soll nicht auf Mißerfolge des Sports hinweisen, heute ist die Zeit für uns reif. Die Tradition und Rechte unseres alten ADS wollen wir in den Bund mitübernehmen. Wir in Nordrhein-Westfalen sehen keinerlei Nachteile, wir sehen nur die Möglichkeit ganz entscheidender Vorteile. Herr Bundesminister Dr. Heinemann haben wir bereits orientiert, daß die ADS eine Notlösung war und daß jetzt eine neue Organisation geschaffen werden muß. (Beifall!)

Herr Werner ist als Schachfreund ohne Amt an keinen Auftrag gebunden und bringt hier seine persönliche Meinung zum Ausdruck. Er hört verwundert, daß hier Vertreter sind, die im Namen des Verbandes ihre Marschroute haben. Die Hessenvereine sind noch nicht gefragt worden und er ist der Ansicht, daß das höchstens nach dem Kongreßtag geschehen kann. Entscheidend ist die Stimme des Vereins. Für ihn ist wichtig, ob durch eine neue Namengebung wir die Ostzone vor den Kopf stoßen, wie wir aber hörten, ist es Berlin gleich, ob wir uns anders nennen. Fragen Sie einmal die einzelnen Schächer draußen im Lande, sie alle wollen einen Deutschen Schachbund haben. Wir müssen eine Organisation als e. V. aufziehen und eine stärkere Unterstellung der Verbände ist notwendig. Wählen Sie den Schachbund, aber als e. V.

Herr Dr. Gruhl stellt die Frage: Wann kann ein Verein ausscheiden?

Herr Präsident Czaya hat sich vorgenommen, vor Tisch noch diesen Punkt ADS-Deutscher Schachbund zu erledigen und das muß bestimmt geschafft werden. Er wird abstimmen lassen: 1) e. V. oder nicht? Das wird schnell gehen. 2) Der Name. 3) Falls ADS aufgegeben wird, wird er für den Namen „Deutscher Schachbund“ 10 Minuten verwenden. Da es schon einen „Deutschen Schachbund“ gab, ist es nicht gleichgültig, ob wir den gleichen Namen wählen oder mit irgendeinem Zusatz, der unterscheidet, daß es sich nicht um den alten DSB handelt. Sind wir innerlich einig, müssen wir flott abstimmen können. Selbstverständlich müssen sich die Vorstände zuhause das Beschlossene ratifizieren lassen und zwar auf ihrem Verbandstag, der spätestens auf Ostern einberufen werden muß. Ratifiziert ein Verband nicht, dann ist er eben nicht Mitglied geworden und der Bund umfaßt eben dann nicht ganz Westdeutschland.

Abstimmung: „e. V. oder nicht“.

Wer ist dagegen? Niemand.

Wer enthält sich der Stimme? Niemand.

Somit ist die künftige Organisationsform „e. V.“ einstimmig angenommen.

Die nächste Frage: „Beibehaltung des Namens ADS oder ein neuer Name, wobei der Präsident freiläßt, ob er „Deutscher Schachbund“ oder anders heißt“.

Bevor es zur Abstimmung kommt, ruft **Herr Dr. Lauterbach** dazwischen, daß er drei Punkte noch kurz streifen müsse. 1) Es geht seinem Verband praktisch nur um den Namen; 2) halte er das, was Herr Werner sagte, nicht für logisch; 3) wurden seine Leute gefragt und er komme mit einer festen Marschroute hierher. „Sie dürfen nicht beitreten, wenn ein Deutscher Schachbund gegründet wird“, sei die Weisung an ihn. Er selbst sei durch die Diskussion zu 99 Prozent überzeugt worden, aber er darf nicht Ja sagen. Der Vorschlag, jetzt Beschlüsse zu fassen und sie nachträglich ratifizieren zu lassen, sei nicht annehmbar, denn die Vereine müssen die Unterlagen vorher haben. Herr Dr. Lauterbach bat noch einmal, ändern Sie den Namen nicht.

Herr Werner betont, daß er nur persönlich seine Meinung ausdrückte, und er wisse, daß im Hessischen Schachverband die Vorstandssitzung sich noch nicht mit dieser Frage befaßt hat.

Nun nimmt wieder **Herr Czaya** das Wort: „Ich spreche jetzt nicht als Präsident, ich spreche als Niedersachse. Ich bin der Ansicht, daß wir unsomehr gelten, je kräftiger und stärker wir sind. Eine Arbeitsgemeinschaft ist etwas Lockeres, ein Bund etwas Festes. In dem Moment, in dem wir mehr auftreten können, werden wir mehr respektiert. Ich bin in der glücklichen Lage, Niedersachsen vertreten zu können, dort geht es ohne Marschroute. Mir wurde gesagt: Wir haben zu Ihnen als unserem Delegierten das Vertrauen, daß Sie unsere Belange richtig wahrnehmen! (Beifall!) Ich habe mit der Ostzone die Meisterschaftsfragen vorbereitet, wenn ich jedesmal erst einen Kongreß einberufen wollte, wo ständen wir dann? Wir sind doch eigentlich durch das Vertrauen unserer Mitglieder hierher gesandt worden und wir wollen so handeln, wie wir es mit unserem Gewissen vereinbaren können.“

In den nach diesen Worten entstandenen Sekunden Pause sagte **Herr Linnmann** zu Herrn Werner: Sie haben gesagt, daß wir im Vorstand nicht darüber gesprochen haben — wir sind hier doch zu Viert... und **Herr Menke** unterbricht, indem er auf einen Widerspruch in den Worten des Herrn Lauterbach aufmerksam macht: Er sei hier mit der Marschroute, aber er wisse nicht, was los ist. Auf diese Formulierung reagierte **Herr Dr. Lauterbach** wie folgt: „Was los ist, steht auf der Tagesordnung. Ich muß ebenso frei sprechen können für Baden, wie Herr Czaya als Niedersachse. Bei uns hat ein Vorsitzender das zu tun, was die Versammlung beschließt. Ich wollte zurücktreten, leider hat man mich nicht zurücktreten lassen. Meine Leute haben gesagt, es wäre unmöglich, über eine Sache Beschluß zu fassen, die ihnen nicht

bekannt sei“ — Die Ausführungen werden hastiger, es wird dazwischengeprochen und aus allem ist nur zu erkennen, daß die Bedenken Badens gegen Beschlüsse ohne vorherige Verständigung der Mitglieder, auf irgendein Mißverständnis aus dem Darmstädter Protokoll zurückzuführen sind. Es fällt der Vorwurf, das Darmstädter Protokoll „sei nicht wahrheitsgemäß“, es kommt der Widerspruch, so habe es nicht geheißen, man weiß nicht, wer wen meint, sodaß **Herr Fohl** Schluß der Debatte beantragt.

Herr Stock bemüht sich um Richtigstellung und sagt: „Die Bemerkung von Herrn Dr. Lauterbach, das Darmstädter Protokoll sei falsch, stammt nicht von Herrn Schmidtnr, sondern ich habe gesagt, das Protokoll sei unvollständig. Mit Rücksicht auf die heiklen Sachen, die intern waren und intern bleiben mußten, wurde manches nicht aufgenommen. Nach den gemachten schlechten Erfahrungen durfte man am nächsten Tage nicht Gefahr laufen, daß es wieder Deutsche gibt, die es ans Ausland senden.“

Herr Munz pflichtet der Feststellung grundsätzlich bei, daß wir hier als Privatpersonen sprechen, weil wir keine Unterlagen hatten, mit unseren Mitgliedern eine Unterhaltung zu pflegen. Er muß unter allen Umständen das Zugeständnis seines Verbandes haben. Wir in Württemberg leben nach demokratischeren Grundsätzen als im Norden, wir müssen also die demokratischen Spielregeln einhalten. Wenn wir als Vorsitzende gewählt sind, haben wir die Beschlüsse zu beachten. Es wäre richtiger, daß über einen neuen Namen nicht abgestimmt werde. Es sollen uns gute Richtlinien mitgegeben werden und darüber soll man in den Vereinen und Verbänden sprechen. Wir würden dann heute nicht einen Schritt tun, der es einem Teil der Verbände schwer macht, zuzustimmen.

Herr Dr. Rasquin spricht nun einmal pro und einmal kontra Dr. Lauterbach. Er, Dr. Rasquin, sei der Verfasser des Protokolls in Darmstadt. Man kann in einem Protokoll eine Tagung, die eineinhalb Tage dauerte, nicht erschöpfend wiedergeben. Daß dabei manches unter den Tisch fällt, das auch wichtig ist, ist klar. Aber es hat gegen das Protokoll ja niemand Einspruch erhoben. Nun pro: Er kann Herrn Dr. Lauterbach ganz gut verstehen, denn er wurde vor einigen Jahren auch mit einer gebundenen Marschroute zu einer Sitzung geschickt. Aus innerer Überzeugung habe er aber die Route verlassen und anders gestimmt. Zuhause konnte er nicht überzeugen und so ist er konsequent zurückgetreten. Nach zwei Jahren haben sie ihn wieder geholt. Man kann eine Marschroute mitnehmen, aber handeln muß man nach seinem Gewissen. Dringt man dann daheim nicht durch, zieht man die Konsequenzen.

Herr Czaya hat einen Akt in der Hand und sagt, er habe das Darmstädter Protokoll hier. Zwei Tage wurde getagt. Am ersten Tage wurde über die gleiche Frage längere Zeit gesprochen und im Protokoll ist eine halbe Seite Seite darüber geschrieben. Am zweiten Tage wurde kurz über die Organisationsform diskutiert und über die Art der zweckmäßigsten Mitgliedschaft. Es steht weiter darin: Die Verbandsvertreter werden aufgefordert, ihren Verbänden die Sache vorzutragen und Vorschläge einzureichen.

Nun entspinnt sich eine mehrstimmige Diskussion hauptsächlich zwischen den Herren Dr. Lauterbach, Schmidtnr und Czaya über den fraglichen Satz des Protokolls und der Wirrwarr endet mit dem **Antrag auf Schluß der Debatte**.

Herr Czaya stellt fest, daß die Mehrheit für den Schluß ist und er gibt bekannt: es darf noch jemand sprechen für die **Arbeitsgemeinschaft**, und jemand für den **Bund**. Es melden sich Herr Fohl für die ADS, Herr Hillers für den Bund.

Herr Fohl: Hamburg ist dafür, daß die ADS beibehalten wird. Sollte dennoch ein Bund beschlossen werden, dann wird sich Hamburg auf die veränderten Tatsachen einstellen und mitarbeiten. Wenn er für die Arbeitsgemeinschaft eintritt, so ist das rein ideeller Natur und aus Vorsicht. Wir scheuen auch nicht vor strengen Maßnahmen zurück. Wenn er vorschläge, es bei der ADS zu belassen, dann hauptsächlich deshalb, weil wir nicht wissen, was kommt. Auf der einen Seite heißt es „Name ist Schall und Rauch“, auf der

anderen „Nomen est Omen“. Wissen wir denn, ob wir in vier Jahren das vertreten, was wir heute ändern? Herr Fohl kann sich eine Arbeitsgemeinschaft vorstellen, in der alles stramm steht, und einen Schachbund, um den sich niemand kümmert. Die Zeit zur Änderung hält er heute eben nicht für reif.

Herr Czaya liest aus dem Darmstädter Protokoll Sätze über die Gründung des Bundes vor. Darunter befindet sich der Satz, daß die Frage der Namensgebung von untergeordneter Bedeutung ist. Wenn sich nun 20 verständige Köpfe zusammensetzen und die Mehrheit sich für einen Namen entscheidet, dann ist das letzten Endes doch eine Frage von untergeordneter Bedeutung, die die Minderheit nicht verletzen kann.

Dr. Lauterbach: Das Protokoll setzt voraus, daß die Herren ihre Verbände und Vereine unterrichteten, das ist erst gestern in der Südwestdeutschen Tagung geschehen. Hier wird heute der Name zur Entscheidungsfrage gemacht.

Herr Czaya: „Die Darmstädter Niederschrift ist ein Protokoll, für das ich die Mitverantwortung trage, ich möchte bitten, daß bis zur Klärung dieses Punktes aus der Versammlung jemand anders den Vorsitz übernimmt.“

Herr Dr. Gruhl tritt als nächster Wortnehmender in diese Funktion und sagt, es handle sich nun um einen persönlichen Streit, in den wir hineingeraten sind und wir müssen Herrn Schmidtner Gelegenheit geben, sich zu äußern.

Herr Schmidtner gibt Herrn Dr. Lauterbach die Aufklärung, in dieses Gespräch mischen sich Fragende und nach einigen Minuten Aussprache gibt

Herr Stock die Erklärung ab: „Ich bin der Unglücksrabe dieser unglücklichen Formulierung. Aus meinen Ausführungen war unmißverständlich zu verstehen, daß ich nicht den gesamten Inhalt des Protokolls der Lüge zeihen wollte, sondern ich sprach von einer Einschränkung, weil die delikaten Dinge nicht hineingebracht worden sind. Daß das Protokoll nicht wahrheitsgemäß ist, habe ich nicht gesagt.“ Damit sollte diese Sache bereinigt sein und

Herr Czaya übernimmt wieder den Vorsitz. Er sagt, daß wir nun wieder zur Frage des Namens kommen, wir haben es in Darmstadt so aufgefaßt, daß die Frage des Namens von untergeordneter Bedeutung ist. Es ist letzten Endes ja nicht die entscheidende Frage, ob wir den Bund „Deutscher Schachbund“ oder „ADS“ nennen, es hängt wirklich nicht das Wohl des deutschen Schachs davon ab. Die Fassung als „e. V.“ haben die hier versammelten Vertreter alle für recht gehalten. Ob über die Bildung des Bundes die Verbände anders beschließen, steht im Belieben jeden Verbandes.

Herr Dr. Lauterbach: „Sie bringen mich immer mehr in die Klemme, können Sie nicht den Beschluß etwas zurückstellen?“

Herr Czaya: „Sie können doch dagegen stimmen.“

Herr Dr. Lauterbach: „Ich möchte nicht dagegen stimmen.“ (Und er verläßt den Saal.)

Herr Munz hält es für viel einfacher, wenn die Versammlung sagen würde: „... empfiehlt, daß der künftige Kongreß dem neuen Bund einen anderen Namen gebe“.

Herr Czaya ist als Vertreter Niedersachsens gegen diese Verzögerung und er ist der Ansicht, daß wir heute einen klaren Namen wählen müssen. Wenn von zwanzig berühmten Köpfen siebzehn für eine Sache sein sollten, dann muß man doch erwarten, daß sie das Richtige treffen. —

Mit der Abstimmung möchte man gerne auf Herrn Dr. Lauterbach warten, aber die Bemerkung eines Anwesenden: „Vielleicht will es Herr Dr. Lauterbach uns durch seine Abwesenheit leichter machen“, leuchtet ein und es erfolgt die

Abstimmung. „Wer ist für die Beibehaltung des Namens ADS?“ Fünf Stimmen (Hamburg, Württemberg, Pfalz).

„Wer enthält sich?“ Niemand.

„Wer ist für einen anderen Namen, etwa Deutscher Schachbund oder sonstwie?“

30 Stimmen.

Abwesend: 3 Stimmen (Nordbaden).

Herr Czaya fährt dann fort: Als neuer Name stehen zur Diskussion „Deutscher Schachbund“ und „Allgemeiner Deutscher Schachbund“. „Bund“ ist bestimmt richtig. „Schachbund“ ist auch richtig, die nächste Frage, ob „Deutscher“ dazukommt. Das nämliche Recht, mit dem die Ostzone sich „Deutscher“ Sportausschuß nennt, steht uns zu, uns „Deutscher Schachbund“ zu nennen. Wollen wir durch irgendeinen Zusatz markieren, daß wir nicht der alte Schachbund von vor 1933 sind? Bis 1933 gab es zwei Schachbünde, den „Deutschen Schachbund“ und den „Deutschen Arbeiter-Schachbund“. Wenn wir also an eine vorhitlerische Tradition anknüpfen, dann kann es heißen, wir distanzieren uns vom Arbeiterschach. Wir wollen aber auch die klassenmäßige Einheit.

Herr Kurz glaubt, daß wir ohne Bedenken den Namen „Deutscher Schachbund“ nehmen können. Er stamme aus der Arbeiterschachbewegung, auch die Arbeiterschachspieler wissen, daß wir alle gut unter einem Hut sind und es bleiben wollen. (Beifall!)

Herr Menke meint, nachdem wir uns über die Schattenseiten des Namens unterhalten, wollen wir hören, ob ein besserer Vorschlag gemacht wird.

Herr Dr. Rasquin: Wir wollen auch nicht allzu ängstlich sein, das ist schon 17 Jahre her, unsere junge Generation interessiert das wenig, ob es damals so war.

Herr Czaya (welcher kurz den Saal verließ und mit Herrn Dr. Lauterbach zurückkommt) läßt abstimmen.

Abstimmung: „Wer ist für den Namen Deutscher Schachbund?“

32 Stimmen ja.

Es enthalten sich: 5 (Hamburg, Pfalz, Württemberg).

Beim Zählen merkt man, daß Berlin abwesend ist.

Herr Czaya verkündet:

„Der Name ist Deutscher Schachbund e. V.“

Es ist Mittag geworden, der Kongreß wird unterbrochen und Herr Czaya gibt noch einige Punkte bekannt, die nachmittags behandelt werden, damit die Delegierten sich mit den Fragen einweilen vertraut machen können. Es ist

Mittagspause von 13.15 bis 14.25 Uhr.

Als **Herr Präsident Czaya** den Kongreß wieder eröffnet, stellt er die Frage:

„Wer soll Mitglied des Deutschen Schachbundes e. V. sein können?“ und nennt 1) die Einzelmitgliedschaft, worauf

Herr Stock dazwischenruft: beschränkt auf fördernde Mitglieder, und

Herr Hillers zur Unterfrage 1) des Präsidenten „nein“ sagt.

Herr Dr. Lauterbach: Es muß einzelnen Schachfreunden möglich sein, Mitglied des Bundes zu werden, wenn sie in einem Gebiet wohnen, in dem kein Verein besteht.

Herr Dr. Rasquin: Wie wollen Sie das Stimmrecht rechnen bei Einzelmitgliedern? („Ein Tausendstel“ blitzt Herr Dr. Lauterbach dazwischen). Ein Mitglied muß an den Rechten und Pflichten teilhaben, also muß das Mitglied Stimmrecht haben.

Herr Czaya: Das Stimmrecht ist von sekundärer Bedeutung. Es handelt sich darum, eine arbeitsfähige Form zu finden. Es gibt Fälle, daß Einzelne einen anderen Weg nicht haben, um Mitglied zu werden, es gibt auch Fälle, daß Einzelmitglieder uns erhebliche Vorteile bringen. Die negative Seite ist: Kann, wer in Unfrieden aus einem Schachverein ausgeschieden ist, als Bundesmitglied auftauchen? Das Primäre heißt, daß wir einen zweckvollen Bund haben müssen.

Herr Kabitz ist dafür, daß es eine Einzel-Ehrenmitgliedschaft geben soll.

Herr Stock möchte die Einzelmitgliedschaft auf fördernde Mitglieder beschränkt sehen, die nicht einem Verein angehören werden, aber einen entsprechend hohen Beitrag bezahlen.

Herr Dr. Gruhl verweist auf den ADSC, dessen Ziel, zu fördern, an sich notwendig ist. Nicht klar ist, ob dieser Klub die von ihm geplante Aufgabe

durchführen kann. Sollte er dazu nicht in der Lage sein, dann sollte der Schachbund das Recht nicht aufgeben, zum Geldabladen zahlungsfähige Mitglieder zu sammeln.

Herr Czaya gibt aus dieser Debatte die Essenz wieder: Normale Einzelmitgliedschaft, nein. Verbandsmitgliedschaft, ja. Ob fördernde Mitglieder, ist abhängig von unserem Verhältnis zum ADSC. Können Vereine Mitglied des Bundes direkt werden?, nein. Ist jemand doch dafür?

Herr Riegel bejaht es, wenn der Verband, dem der Verein angehören würde, nicht im Bunde ist.

Herr Czaya: Landesverbände sollen Gastvereine aus Ländern aufnehmen können, in denen der Verband dem Bunde nicht angehört. Dem Bunde selbst sollen nur Landesverbände angehören. Wir haben aber im Bunde nicht überall Landesverbände, die sich mit den Landesgrenzen decken. Angenommen, der Südweststaat wird Ta sache, dann haben wir in seinem Raum drei Landesverbände (Nord- und Südbaden, Württemberg). In Nordrhein-Westfalen ist Köln ein eigener Verband. Elbe-Aller, Weser-Ems müssen mit Niedersachsen einen Landesverband bilden. Die einzige Frage ist Köln.

Herr Kurz erhebt Einspruch gegen die Aufhebung von Kölns Selbständigkeit. Es würde versucht, daß auch in Köln die Vernunft siege, aber versprechen kann er nichts. Momentan müßte er gegen die Aufhebung der Selbständigkeit Kölns stimmen.

Abstimmung: „Wer ist dafür, daß nur Landesverbände dem Bund angehören?“

33 Stimmen dafür.

Dagegen: 3 (Köln).

Enthalten: 2 Stimmen.

Herr Czaya hält eine Übergangszeit für erforderlich und eine gewisse Anpassung an die politische Entwicklung. Auf dem Kongreß 1951 soll ein Termin gesetzt werden, wenn es zu dieser Zeit die politische Entwicklung zuläßt.

Man einigt sich auf den Kongreß 1950, dort soll über den Termin zur Bereinigung entschieden werden.

Herr Fohl empfiehlt, in die Satzungen aufzunehmen: entsprechend den politischen Landesgrenzen sind die Verbandsgrenzen.

Herr Czaya gibt zu bedenken, daß es Fälle gibt, in denen Vereine wegen Verkehrsnähe sich einem anderen Lande verband anschließen. Die Verkehrsnähe wird berücksichtigt und der Bund entscheidet endgültig, wenn die Verbände sich nicht einigen sollten. Als Herr Czaya die nächste Frage stellt: „Welche Organe hat der Bund“, macht

Herr Hillers den Vorschlag, zunächst die Beitragsfrage zu erörtern, weil davon die Organisation abhängig sein wird.

Herr Czaya verweist darauf, daß wir einige Bünde haben (z. B. Schachbund Nordrhein-Westfalen) und er fragt, ob Bedenken bestehen, daß diese Bünde ihren Namen ändern?

Herr Stock: Um die Gefahr einer Verwechslung oder eines Mißverständnisses aufzuheben, kann ein Zusatz angebracht werden, z. B. „Schachbund Nordrhein-Westfalen im Deutschen Schachbund“.

Herr Dr. Rasquin hält es nicht für gleichgültig, ob Verbände die Bezeichnung Bund beibehalten oder nicht. Der größte Teil der Schachspieler und das Ausland werden verwirrt, wenn die Landesverbände sich auch Bund nennen. Die jetzt bestehenden Bünde fallen überhaupt weg, sie bestehen nur als Spielgemeinschaften, z. B. Norddeutscher Bund, Süddeutscher Bund.

Herr Fohl empfiehlt, den Begriff des Bundes als Sammlung von 3 bis 4 Landesverbänden bestehen zu lassen. Er will den Vorschlag machen, einen Beirat zu bilden, dessen Mitglieder nur diese Bünde sind. Man kann sie auch nach Zonen nennen, z. B. „Norddeutscher Zonen-Verband“.

Herr Czaya beendet die Debatte mit der Bemerkung, daß wir zwar empfehlen können, aber im übrigen soll sich jeder Verband oder Bund nennen, wie er will; diese Frage ist von untergeordneter Bedeutung. Eine Interessengemein-

schaft einiger Verbände als Spielgemeinschaft, siehe „Südwestdeutscher Schachbund“, ist doch möglich. Nun stellt der Herr Präsident neuerdings die Frage über:

„Die Organe des Bundes.“

Soll es gehalten werden wie bisher? Wir hatten einen Kongreß, einen Vorstand (oder Präsidium), einen Beirat. Es ist denkbar, daß auch Vertreter einer Spielgemeinschaft im Beirat vertreten sein können. Welche Einheit im Stimmrecht soll gelten?

Vorschläge: je 1000 Mitglieder 1 Stimme; was soll der Rest machen? Daher wird die Zahl 500 vorgeschlagen; es geht auch mit 100 als Einheit.

Zur Beitragsfrage bittet Herr Czaya um Wortmeldung.

Herr Linnmann erklärt, daß der Hessische Schachverband mehr als DM 0,20 pro Mitglied und Jahr an den Bund nicht zahlen könne.

Herr Fohl: Unser neuer Deutscher Schachbund hat eine solche Visitenkarte, wie Sie ihn ausgestalten. Wenn Sie ihm keine Beiträge geben, womit er repräsentieren kann, dann ist er nichts. Wir nehmen im Verband Hamburg DM 4,00 pro Jahr. Zuerst war eine Meuterei, dann ist es doch durchgegangen. Unser Standpunkt ist, wenn der Verband stark ist, dann laufen die Spieler nicht heraus. In Hamburg haben etliche Vereine nicht bezahlt, es wurde angekündigt, daß die Vereine nicht spielberechtigt sind, wenn sie bis 31. Dezember die Rückstände nicht beglichen hatten. Die Spieler, die einem Verein angehören, der nicht bezahlt hat, bekommen eben die Berechtigung, in einen Verein überzuwechseln, der bezahlt hat, wobei für solche Übertritte keine Sperrfrist angewandt wird. Der Schachbund muß zum mindesten DM 0,50 pro Jahr haben, sogar das hält Herr Fohl noch für zu wenig. Geben Sie dem Bund, was ihm gebührt: DM 0,50!

Herr Stock: „Seit dem Tage in Bad Pyrmont, an dem auch ich im Chorgeist mitgestimmt habe, den Beitrag von DM 0,40 auf DM 0,20 zu senken, bin ich der Auffassung geworden, daß wir, nachdem wir mit DM 0,40 nicht arbeiten konnten, wir mit DM 0,20 erst recht nicht arbeiten können —. Wir haben erlebt, daß auch diese DM 0,20 nicht bezahlt worden sind. Wir haben den Gedanken erzeugt, nun unser Haus sauber zu machen, und da wollen wir dem neuen Präsidium die Frage stellen, wie willst du ohne Geld auskommen? Südbaden ist wohl die ländlich größte Gemeinde Deutschlands, ohne Industrie. Dieses kleine Land hat nicht nur seine Beiträge jeweils bezahlt, sondern sie auch pünktlich und überbezahlt. Ich schlage Ihnen als Beitrag mindestens DM 1,00 vor. Nur dieser kommt für mich in Frage, wenn der neue Bund lebensfähig sein soll.“

Herr Menke: Grundsätzlich ist das unsere Meinung, daß der Bund lebensfähig ausgestattet werden muß. Wir haben heute etwas Neues setzen wollen, weil wir mit dem Bisherigen nicht auskamen, ob DM 0,50 oder DM 1,00, darüber kann man später noch diskutieren. Eines der ärmsten Gebiete neben Südbaden ist Elbe-Aller. Die Vereine sind mit einem großen Satz an Flüchtlingen und armen Arbeitern versehen, aber sie haben bezahlt. Sie werden auch einen höheren Beitrag leisten, weil sie einsehen, daß es sein muß. Ob höher bezahlt wird, ist eine Frage des Wollens, nicht des Könnens.

Herr Czaya erinnert wegen der Beitragsfestsetzung an Bad Pyrmont. Wir sollten einen Majoritätsbeschluß fassen auch für den Fall, daß einige Verbände dem Bunde nicht beitreten sollten. In diesem Falle hätten einzelne Vereine, die zum Bund halten und ihre Pflichten erfüllen, das Recht, in den betreffenden Gebieten einen Gegenverband zu gründen.

Herr Schmidtner weiß, wie schwer es ist, als Verbandskassierer die Pfennige zusammen zu bekommen. In Hessen wird DM 1,— erhoben und dieser Betrag ist nicht einzutreiben. In Kassel ist einer der größten Vereine Deutschlands für 1949 im Rückstand; trotz seiner guten Bekanntheit mit dem I. Vorsitzenden ist es ihm nicht gelungen, DM 30,— zu erhalten. Der Hessische Schachverband hat im letzten Jahre 20—30 Vereine verloren, vorwiegend durch Arbeitslosigkeit. Eine Organisation, wie die ADS, ist mit DM 0,20 jährlich

garnicht durchführbar. Nach dem Stande von 1949 haben wir 38 000 Mitglieder, heute vielleicht nur 30 000, das sind DM 6000,— im Jahr. Soviel kostet ein Turnier und wo bleiben die Kosten für Jugend- und Mannschaftsfrage und für das Ausland?

Gestern ist die Frage eines bezahlten Geschäftsführers aufgetreten, es müßte ein Vertrag mit ihm gemacht werden, daß er sich so einsetze, daß er Turniere und Meisterschaften irgendwo kostenlos aufziehen würde. Es ist nicht angängig, eine Mark zu beschließen, wo nicht einmal die 20 Pfg. zusammengebracht wurden. Bei 20 Pfg. hat die ADS immer noch DM 3000.— Außenstände.

Dr. Rasquin: Wenn der Kongreß DM 0,20 festlegt, dann brauchen wir uns um die Aufnahme in die Fide nicht zu bemühen.

Herr Kabitz plädiert für mindestens DM 1,—. Die Ausführungen des Herrn Schmidtner sind begreiflich, aber es ist ein Fehler in der Organisation. In seinem Verein beträgt der Monatsbeitrag DM 3,—, für Kriegsbeschädigte und Erwerbslose DM 1,— und nicht geringer. In seinem Verein sind sie nicht beitragsfrei, in der Schachvereinigung Hannover auch nicht. Vereine, die austreten, werden schon wieder zurückkommen.

Herr Harbecke hat den Kassenbericht der ADS vorliegen und ihn beeindrucken die zwei Worte „Darlehen Czaya“ und noch einmal „Darlehen Czaya“. Wenn er ein Wort für dieses Finanzgefahren gebrauchen wollte, dann käme er in ein Schimpflexikon hinein. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß ein Mann, der seine Arbeit hat, noch sein Privatvermögen einsetzen muß.

Herr Riegel: Die meisten Zahlungsbefehle richten sich nicht gegen 1000 Mark, sondern gegen die kleineren Beträge von 100 Mark; seine anderen Worte werden durch Unruhe übertönt, und

Herr Linnmann wirft ein, daß Bayern 2000 Mark rückständig sei.

Herr Riegel empfindet das als Vorwurf und bemerkt, daß Bayern im März seine Verpflichtungen erfüllt haben werde. Im übrigen sei er bereit, einen Scheck vorzustrecken, wenn es unbedingt auf sofortige Bereinigung ankommt.

Herr Hülers: Nordrhein-Westfalen habe stets auf dem Standpunkt gestanden, daß man dem Präsidium das zur Verfügung stellen müsse, was unbedingt erforderlich sei. Er mache keinen Vorschlag, sein Verband schließt sich aber dem an, was als Beitragshöhe festgelegt wird.

Herr Dr. Lauterbach hält es für unfruchtbar, die Beitragsfrage noch zu erörtern, Nordbaden kann nur DM 0,20 bezahlen, es müssen dann eben die Konsequenzen gezogen werden.

Herr Dr. Gruhl betont, daß wir in Zukunft die Teilnahme an Turnieren usw. davon abhängig machen müssen, daß die Beiträge bezahlt sind.

Herr Werner verfolgt die Beitragsfrage seit Weidenau und er fragt, wie die Verhältnisse denn vor dem Kriege waren? Zu Reichsmarkzeiten kam es aufs Geld nicht an, in der D-Markzeit hängen wir plötzlich so in den Schulden, aber es muß ein Ausweg gefunden werden. Im Bezirk Frankfurt wurden die Pässe für 1950 nicht eher ausgegeben, bis die Rückstände bezahlt waren. Tatsächlich sind seitdem schon 80 % der Rückstände eingegangen.

Herr Munz erwähnt, daß er in Bad Pyrmont auch dazu beigetragen habe, den Beitrag für die ADS von DM 0,40 auf DM 0,20 zu senken, sein Verband könne DM 0,50 oder gar DM 1,— nicht tragen. Wenn Württemberg in der Abrechnung noch mit DM 180.— Rückstand stehe, dann könne er nur die Erklärung abgeben, daß sein Kassierer 15 Kilometer entfernt wohne, die Verbindung also etwas gehemmt sei. Nach seiner Unterrichtung sei aber die Überweisung erfolgt und Herr Schmidtner scheint nur davon noch keine Kenntnis zu haben.

Dr. Gruhl: Wer die Finanzen nicht aufbringen kann, verneint die Notwendigkeit, die Turniere durchzuführen. Dann müssen eben die Turniere ohne diejenigen durchgeführt werden, die nicht bezahlen.

Herr Dr. Lauterbach: „Ich kann nur für DM 0,20 stimmen und trotzdem haben wir das internationale Turnier in Heidelberg durchgeführt. Ich kann

mich einsetzen für einen bestimmten Zweck, aber nicht die Mitglieder für einen laufenden Beitrag.“

Herr Czaya will folgende Überlegungen herauschälen: Es gibt Zwecke die naheliegender sind, beispielsweise das Heidelberger Turnier, wo Kreise beispringen, weil sie auch örtlich interessiert sind. Es gibt Zwecke, die entfernter liegen, wie der Deutsche Schachbund. Soll der Deutsche Schachbund eine Vereinigung von Schachspielern sein, die in dem Bund keinen Zweck sehen? Nein. Wer bei uns ist, weiß was wir wollen, und die anderen wollen wir nicht zwingen, Mitglied des Bundes zu werden.

Herr Riegel: Nicht das einzelne Mitglied wird sich interessieren, ob DM 1,00 oder DM 0,80 bezahlt sind, der Vorsitzende muß Wege und Leute suchen, die Geld bringen und die zahlen können. Wenn der Leiter das Vertrauen hat, wird er auch die Wege finden. Beispielsweise hat es Herr Klein fertiggebracht, in Oberbayern einen Kongreß zu veranstalten, bei dem DM 3000,— Verlust vorkalkuliert waren, der aber DM 18 500,— einbrachte bei DM 16 500,— Ausgaben. Wir müssen sehen, daß der Deutsche Schachbund auch eine Aufgabe hat, es müssen Leute hinausgeschickt werden, das Schach zu fördern. Mit der Persönlichkeit fällt und steht der Bund und das Ziel. Manchmal organisierten da und dort Leute, die nicht über den Tisch hinausschauen konnten. Solche muß man fernhalten.

Herr Präsident Czaya bittet um Vorschläge zur Abstimmung über die Beitragshöhe.

Es werden genannt: Fünfzig Pfennige, eine Mark.

Herr Gruhl stellt grundsätzlich die Frage, ob erhöht werden soll und aus der Versammlung heraus wird es mehrstimmig bejaht.

Herr Fohl schlägt für jetzt DM 0,50 vor und wenn wir der Fide beitreten, dann die Erhöhung auf DM 1,00, worauf

Herr Czaya antwortet, daß die Mitgliedschaft bei der Fide billig ist. Ob wir Mitglied werden oder nicht, irgendwelche Auslandsbeziehungen werden wir so und so pflegen müssen, und dafür brauchen wir Geld.

Herr Stock: Dieser Beitrag muß hoch genug sein, um das Präsidium arbeitsfähig zu machen. Haben wir dann Männer in das Präsidium zu wählen, die wirtschaftlich unabhängig sind, dann kommt es dem Bund zugute, aber rechnen dürfen wir nicht damit.

Abstimmung über die beiden Fragen:

1. Beibehaltung von DM 0,20,
2. Höherer Beitrag für den Bund.

Der weitergehende Antrag wird zuerst genommen,

„Wer ist für den Beitrag zum Bund über 20 Pfg. hinaus?“

Dafür sind 28 Stimmen,

dagegen 10 (Hessen, Württemberg, Baden, Pfalz).

Die Höhe schlägt **Herr Linnmann** mit DM 0,50, **Herr Stock** mit DM 1,— vor.

Herr Dr. Gruhl wünscht, daß vorläufig der Satz von DM 0,50 gelte. Es laufen Verhandlungen mit Landesregierungen. Wenn wir Rechenschaft geben müssen und sie sehen, daß wir nicht einmal geringe Beträge aufbringen, dann halten sie uns für eine wilde Horde.

Es wird ein Beitrag von DM 0,60 zugerufen, da platzt

Herr Fohl heraus: „Nicht 60 Pfennige, das ist zuviel, aber 5 Pfennig im Monat, das ist richtig!“

Und dieses Bonmot schlägt ein, es hebt „die halbe Zigarette im Monat für den Bund“ auf den Stuhl! Tatsächlich wird sich jeder erst klar, wie wenig man eigentlich von einem Schachfreunde für seinen Schachbund verlangt. Für Toto, Hazard und lauten Rummel läßt mancher wöchentlich mehrere Mark fließen und für die Organisation seiner stillen und ewigtreuen, im ethischen Werte alle anderen überragenden Passion will er um Pfennige feilschen. „Eine halbe Zigarette im Monat“ — wenn die Verbandsvertreter dieses Wort ihren Vereinen, wenn es die Vereine ihren Mitgliedern entgegenhalten . . . , dann gehört schon Mut dazu, dagegen etwas einzuwenden.

Herr Czaya ruft nun zur

Abstimmung: „Wer ist für einen Monatsbeitrag von 5 Pfg. an den Bund?“
Dafür 23 (Bayern, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Elbe-Aller, Hamburg und Schleswig-Holstein, Südbaden, Niedersachsen).

Dagegen 11 (Köln, Weser-Ems, Württemberg, Nordbaden, Pfalz).
Enthaltung 4 (Hessen).

Trotz der alles beherrschenden Einsicht, daß 5 Pfennig unbedingt erschwingbar sein müssen, waren 11 plus 4 Stimmen nicht dafür. Ist es die Marschroute oder ist es die Gewissensfrage:

„Wie sag ich's meinem Kinde?“

Dennoch ist aus der Atmosphäre des Kongresses heraus der feste Eindruck geblieben, daß die Landesvertreter mit allem persönlichen Gewicht ihren Vereinen die Notwendigkeit schildern, den Satz von 5 Pfg. Bundesbeitrag anzuerkennen.

Spätestens zu Ostern werden die Landesverbände beschließen, ob sie Mitglied des Bundes bleiben wollen.

Drei Tage später muß beim Bundespräsidium eine Mitteilung darüber sein, weil diese über die Teilnahme in Bad Pyrmont entscheidet.

Ein Kostenvorschuß ist notwendig. Bis Ostern muß an die Bundeskasse der Beitrag für das 1. Vierteljahr 1950 geschickt werden, damit sich das Präsidium an die Ausrichtung der Meisterschaft wagen darf. Die Beiträge sind vierteljährlich postnumerando zu bezahlen, der erste ist zahlbar bis 15. April.

Herr Stock empfiehlt, aufzugeben, daß die mit Beiträgen rückständigen Verbände nur aufgenommen werden können, wenn sie die Rückstände bezahlt haben und dafür soll auch der Termin Ostern 1950 gesetzt werden.

Wenn die Sprache auf die Nichtzahler kam, fühlte sich Herr Riegel angesprochen, wohl darauf zurückzuführen, daß sein Verband in der Gelddebatte zuerst zu Worte kam. Auch diesmal „droht“ er, sofort mit einem Scheck zu zahlen, wenn man Bayern nicht in Ruhe lasse. Und weil er dem Präsidententisch gar so nahe saß, bat ihn Herr Czaya mit verschmitztem Lächeln, diese Drohung doch endlich wahrzumachen.

Herr Riegel zückte Scheck und Feder und der halbe Rückstand Bayerns war beglichen. Der Erfolg dieser Variante reizte

Herrn Stock, Herrn Czaya zu fragen, wie es mit den Beiträgen Niedersachsens stehe, weil wir doch gerade beim Scheckschreiben seien . . . , aber die Parade des

Herrn Czaya saß: „Eines ist klar, wenn ich als Niedersachse spreche, daß dann die Forderungen Niedersachsens größer sind als die Rückstände.“

Herr Dr. Rasquin bittet zu beschließen: Zu den Deutschen Meisterschaften sind jene Spieler nicht zuzulassen, deren Verband Beitragsrückstände hat. Sie haben dieser Ansicht vorhin begeistert zugestimmt, aber noch fehlt ein klarer Beschluß, der dies festlegt. Es ist auch einzuschließen, daß ein kurzfristiger Übertritt eines so betroffenen Spielers zu einem anderen Verband nicht möglich ist. Denn wenn der Verband nicht zahlt, dann meldet sich der Spieler bei einem Verein (Verband) an und spielt dann noch mit.

Mehrere Stimmen: Gut, dann ist der Verband seinen Mann los.

Dr. Rasquin: Man sollte den Spieler doch sperren.

Mehrere Stimmen: Sie strafen den Spieler, statt den Verband. Der Spieler ist ja unschuldig.

Herr Czaya sagt, es müsse so gehandhabt werden: Die unschuldig Betroffenen sollen das Recht haben, sofort in einen anderen Verband zu wechseln, wenn sie einem nichtzahlenden Verband angehören. Er will es durch folgendes Beispiel (nur Beispiel!) klarmachen. Herr Eisinger-Nordbaden will mitspielen, aber sein Verband Nordbaden tritt dem DSB nicht bei. Herr Eisinger kann Freiburg sofort beitreten und wird von Südbaden gemeldet.

Ein anderer Fall: Herr Dr. Staudte kann nicht mitspielen (falls Nordrhein-Westfalen nicht zahlte), weil er nur als „Meister von Nordrhein-Westfalen“ teilnahmeberechtigt ist. Ein anderer Verband hat sein Kontingent und Kontingente können nicht übertragen werden. Es könnte sonst der Fall ein-

treten, daß ein Verband mehrere Landes- bzw. Verbandsmeister meldet, obwohl er nur einen haben kann.

Herr Kabitz hält das nicht für richtig, denn Herr Dr. Staudte hat die Meisterschaft erkämpft und geht in einen anderen Verband, weil er eben seinen Wohnsitz wechselt.

Nach **Herrn Fohl** soll es so sein, daß, wer die Zulassung hat und aus Verschulden seines Vereins oder Verbandes nicht spielen darf, seinen Vorsitzenden bestrafen darf, indem er in einen zugelassenen Verband übertritt.

Herr Czaya macht darauf aufmerksam, daß damit nur eine Richtlinie geschaffen werden soll, damit der Turnierleiter weiß, wie er arbeiten soll. Zu der Frage der Spielberechtigung der „Ersten Neun“ aus der vorjährigen Meisterschaft erklärt Herr Czaya, daß diese spielberechtigt sind, sofern sie einem Verein angehören, der Spielberechtigung hat.

Punkt 5. Herr Czaya stellt nun die Frage:

„Wie soll das Gremium, Vorstand plus Beirat, aussehen?“

I. Vorsitzender bzw. Präsident

Vizepräsident (welcher möglichst ein anderes Amt mit übernehmen soll, z. B. Jugendleiter)

1 Turnierleiter,

1 Schatzmeister

Zuruf: Dazu müssen Schriftführer, Presse- und Frauenwart kommen.

Herr Czaya fährt fort: nachdem das Präsidium nur aus 3 bis 4 Mann bestand, fühlten wir uns zu schwach und deshalb hatte der Vorsitzende die Bünde zu Zusammenkünften gebeten, die dreimal im Jahre stattfanden. Sofern wir jetzt einen größeren Vorstand haben, wird die Frage auftauchen, ob nicht eine zweimalige Zusammenkunft trotzdem zweckmäßig ist. Seine Erfahrungen mit diesen Treffen waren positiv.

Herr Dr. Gruhl gibt die Anregung, den Vorstand, der die Vertretungsbefugnis hat, auf 3 Mann zu beschränken (Vorsitzender, Turnierleiter, Kassierer). Diese müssen beim Registergericht eingetragen werden, auch jede Änderung. Außerdem wird ein Beirat gewählt, bestehend aus den Vorsitzenden der Bünde und weiteren Männern, die die Arbeit unterstützen wollen, z. B. Presse, Jugendreferent, Auslandsfragen.

Herr Riegel: Spielführer und Vizepräsident können in einer Person vereinigt sein. Spielführer und Pressewart können gleichzeitig dem Beirat angehören.

Die Herren Kabitz, Menke, Riegel schlagen vor: Ein Schriftführer muß unbedingt in den Vorstand.

Herr Dr. Gruhl: Es kann ein Mitglied des Vorstandes zugleich Vizepräsident sein.

Herr Kabitz: Nein.

Herr Riegel: Der Beiratsvorsitzende darf nicht gleichzeitig Vizepräsident sein.

Herr Czaya: Der Schriftführer soll nicht der Vizepräsident sein.

Herr Kabitz: Der Schriftführer soll sogar der Vizepräsident sein.

Herr Fohl: Dieses Präsidium muß mindestens aus 5 Herren bestehen, weil der Bund nun ein großes Gebilde ist. Die Verteilung der Ämter soll so sein, daß aus unserem großen Vaterland möglichst jedes Gebiet vertreten ist. Die Verantwortung ruht jetzt auf breiteren Schultern. Die Presse muß jeweils **sofort informiert werden.**

Herr Dr. Gruhl möchte, daß der Vorstand auf 3 oder 4 Personen beschränkt wird.

Herr Fohl sagt, in den Hamburger Verbandssatzungen steht: „Vertreter des Verbandes ist sein Präsident“ und das empfiehlt er auch für die Bundesatzungen.

Herr Hillers wünscht, daß man unserem Präsidenten Einzelgewalt gebe. Dringt eine andere Meinung durch, dann brauche man kein Amt anzuführen,

sondern einen Zusatz mit Spielraum, etwa: „mit einem weiteren Vorstandsmitglied“.

Herr Riegel: Presse, Propaganda, Jugend sind da, sie erfordern jede eine ganze Kraft, weshalb er seinen Vorschlag der Personal-Union von diesen Amtern mit anderen zurückziehe.

Herr Czaya: „Wir waren uns einig, daß der Vorstand aus 5 Herren bestehen soll bei 6 Posten (Präsident, Vizepräsident, Schriftführer, Turnierleiter, Schatzmeister, Pressewart). Soll nur einer Zeichnungsberechtigung haben? Oder zwei Vorstandsmitglieder? Außerdem brauchen wir den Beirat, mit den Vertretern der einzelnen Regionen, dann auch den Jugendwart, meinerwegen auch den Frauenwart. Möglicherweise auch den Meisterwart als Vertreter des Meisterausschusses oder von Meistern gewählt. Anzustreben ist dreimalige Zusammenkunft im Jahre mit diesen Herren. Die Zahl der Regionen denkt er sich mit 5 (Berlin, Nordwest, Norddeutschland, Südwest, Bayern), diese Zahl ist aber nicht begrenzt. Der Beirat besteht also aus folgenden Mitgliedern:

3 sachlich, 5 gebietlich“.

Herr Schmidtner: Das sind 8 Mann, die Anspruch auf Reisespesen haben. Rechnet man pro Tagung 100,— DM pro Mann, dann sind es 2400,— DM im Jahr.

Herr Fohl sieht die Lösung so, daß man den Vorstand so konstruiert, daß die Herren gebietsnahe sind, um die Reisekosten zu verringern.

Herr Czaya warnt aber davor, denn die Herren, die das Präsidium führen, sollen deutsch denken, nicht gebietlich.

Herr Hillers kommt auf die Worte des Herrn Schmidtner zurück. Es sollen nur die 5 Vorstandsmitglieder berechtigt sein, Spesen vom Bunde zu empfangen. Die übrigen müssen von den Verbänden bezahlt werden.

Herr Czaya ergänzt, daß Jugend- und Frauenwart von den Verbänden, die Kosten des Meistervertreeters vom Bund zu tragen wären. Er bittet nun, für den Vorstand ein Präsidium zu wählen und zwar einen kommissarischen Vorstand, der die Geschäfte bis zum nächsten Kongreß führt.

Diskussion: Soll der alte Vorstand bis zum Kongreß im Amt bleiben oder heute ein neuer Vorstand gewählt werden?

Herr Stock: Analog zu Darmstadt sollten wir heute, nachdem wir so schnell vorwärts gekommen sind, ein kommissarisches neues Präsidium wählen, was von der ADS abzuwickeln hat, was nicht übernommen wird. Bis zum Kongreß sind von diesem Präsidium vorzulegen die Satzungen des Bundes und außerdem die Meisterschaft auszurichten.

Herr Hillers: In der Tagesordnung steht: V. Wahl des neuen Vorstandes, wann ist die Abänderung der Tagesordnung beschlossen worden?

Herr Czaya: Wir haben Punkt III vergessen. Wird die ADS umgewandelt oder wird der Deutsche Schachbund gegründet? Wir wollen die Kasse nicht übernehmen, sondern unbelastet anfangen. In der ADS haben wir keine Satzungen, wir müßten also sowieso etwas schaffen. Über den ADS ist ein Auflösungsbeschluß zu fassen, dann wird ein Deutscher Schachbund gegründet, und dieser ist Rechtsnachfolger des ADS.

Herr Menke stellt fest: 1. Wir können auflösen, 2. wir können überleiten. Zunächst sind aber die Punkte materieller Art zu klären.

Dr. Gruhl: Wir haben die Möglichkeit umzuwandeln und dann den Bund zur Eintragung anzumelden. Damit würden wir nicht nur die Tradition übernehmen, sondern auch die Pflichten. Ist der Status faul, dann ist es besser, die ADS zu liquidieren.

Herr Dr. Rasquin meldet sich dringend zum Wort: Es ist das Wort von der Übernahme der Rechte und Pflichten gefallen, es ist auch der Name Czaya gefallen. Daß es sich nur um eine Übernahme handeln kann, ist selbstverständlich.

Herr Czaya: Wenn ja, dann muß man den Verbänden das Recht zustehen, kurzfristig zum 31. Dezember 1949 auszutreten.

Herr Hillers hält es für zweckmäßiger, die Verbände nicht vor die Alternative zu stellen.

Herr Dr. Rasquin: Wir haben schon den 5. Februar.

Herr Menke: Wir haben zwar keine Satzungen, aber es ist eine Anstandspflicht, daß wir den Verbänden dieses Recht lassen.

In den Vorschlägen über die Grenze, wird der 31. 12. 1949 wiederholt.

Herr Gulweida ist der Ansicht, daß wir heute nicht auflösen, sondern nur überleiten können, denn wir müssen Satzungen herstellen, die innerhalb 4 Wochen einzureichen sind.

Herr Czaya: Unser Beschluß müßte nicht heißen, die ADS wird aufgelöst, sondern wird übergeleitet in einen e. V. Die Satzungen sind nach heutigen Richtlinien auszuarbeiten, mit Namensänderung, zugleich mit der Vorstandswahl.

Es ist klar, daß die Gründung hinfällig ist, weil die Umwandlung mit den Rechten und Pflichten gegenüber den Mitgliedern verbunden ist. Die alten Verpflichtungen an die Verbände bleiben aufrecht erhalten.

Herr Dr. Lauterbach: Ist nun die ADS aufgelöst und ein neuer Bund gegründet oder ist sie in den Bund überführt? Ich kann nicht für die Überführung eintreten.

Herr Czaya: Wir sprechen nicht von „Überführung“, sondern von „Überleitung“. Nach der Überleitung sind wir „Deutscher Schachbund“, „Eintragung in Vorbereitung“. Alte Mitglieder bleiben Mitglieder, haben aber ein rückwirkendes Austrittsrecht.

Herr Menke: Wenn Verbände, die noch nicht bezahlt haben, Mitglieder bleiben wollen, dann können sie dabeibleiben, müssen aber bis 15. April 1950 bezahlen oder eine Bürgschaft geben.

Herr Czaya bittet nun um

Vorschläge für die Vorstandswahl.

Mehrfach wird der Name Czaya genannt.

Herr Menke: Der bisherige Vorstand soll im Amt bleiben . . .

Herr Gulweida: . . . bis zum Kongreß.

Herr Czaya bedauert, für seine Person diese Ehre nicht annehmen zu können. Es wäre dann alles wieder beim Alten. Er kann diese Riesenarbeit aber nicht mehr machen (wobei er auf den vor ihm liegenden respektablen Stoß Akten deutet).

Mehrere Stimmen wollen die Lösung, das bisherige Dreimänner-Präsidium zu belassen, nur als Übergangslösung bis zum Kongreß sehen und dann sollen zusätzlich die übrigen Vorstandsmitglieder gewählt werden. Man möchte daher der Einfachheit halber auch die Abstimmung en bloc vornehmen.

Herr Summ bittet, zum mindesten den Herrn Präsidenten allein zu wählen. Es liegt nicht allein Symbolik für dieses erste Amt darin, sondern die Höhe der abgegebenen Stimmenzahl drückt auch den Grad des Vertrauens aus, das seiner Person entgegengebracht wird.

Herr Riegel übernimmt das Amt des Wahlleiters, der Modus per Akklamation wird gutgeheißen, und er fragt:

„Wer ist gegen die Wahl des Herrn Czaya als Präsidenten?“

Niemand. Enthaltung: Niemand.

Herr Präsident Czaya ist einstimmig gewählt.

„Wer ist gegen die Wahl des Herrn Dr. Rasquin als Turnierleiter?“

Niemand. Enthaltung: Niemand.

Herr Dr. Rasquin ist als Turnierleiter einstimmig gewählt.

„Wer ist gegen die Wahl des Herrn Schmidtner als Kassierer?“

Niemand. Enthaltung: Niemand.

Herr Schmidtner ist als Kassierer einstimmig gewählt.

Herr Czaya hat schon oben erwähnt, daß die Wiederannahme des Amtes für ihn nicht in Frage komme, wenn er nicht durch eine selbständige Kraft entlastet werde. Er griff daher die Wahl eines Schriftführers auf, der aber nicht für zwei Monate, sondern für die Dauer gewählt werden müsse, denn die Einarbeit erfordert eine entsprechende Zeit.

Herr Linnmann schlägt Herrn Riegel vor, dieser winkt aber ab.

Herr Kurz fragt, ob nicht in der Nähe des Herrn Czaya eine geeignete Person sei, das würde doch die Zusammenarbeit sehr erleichtern. Es werden daraufhin verschiedene Namen, auch von Nichtanwesenden, erwogen.

Um zu schildern, wie wichtig es sei, daß der Schriftführer nicht nur eine Schreibkraft, sondern ein selbständig handelnder Mann sein müsse, ergreift

Herr Czaya einige Akten, über die noch nicht gesprochen wurde. Bei 1. dem Stichwort „Lauenförde“ handelt es sich um mehrere nicht bezahlte Schachutensilien, die ein Schachspieler von einer Fabrik bezog. Die Affäre ist so weit gediehen, daß der ADS vom Ministerium ein Schreiben zugeht. 2. wollte Frau Rinder nach ihrem Siege in München an der Damen-Weltmeisterschaft teilnehmen. Die Presse wurde irgendwoher informiert, daß sie dazu berechtigt sei. Aus seinen eingangs gegebenen Ausführungen ist bekannt, daß daran kein Wort wahr ist. Herr Czaya bekam einen Brief von dem Verein, dem Frau Rinder angehört, in dem vom Herrn Präsidenten Rechenschaft verlangt wird. Wenn die Mitglieder an das Präsidium schreiben, erwarten sie auch eine Antwort. Herr Czaya führt auch noch Pressearbeiten und anderen Schriftwechsel an, der nicht unbedingt vom Präsidenten oder Vizepräsidenten erledigt werden muß, sondern auch von einer geschulten Kraft erledigt werden kann. Dem Herrn Präsidenten würden dann nur die repräsentativen und komplizierten Fälle vorbehalten. Damit hat Herr Czaya an Beispielen aufgezeigt — was übrigens die Versammlung schon vorher einsah — daß ein Schriftführer notwendig sei.

Herr Hillers empfiehlt, dem Herrn Präsidenten eine Schreibkraft zur Verfügung zu stellen, die der Bund bezahlt, aber

Herr Czaya erwidert, daß es darum nicht geht. Leute habe er in seinem Büro genug, aber es geht um das Diktieren, das er dann doch tun müsse und ihm keine Entlastung brächte. Es muß eine im Schach geschulte Person sein, die selbständig handeln kann.

Herr Stock will genauer wissen: Geben Sie dem Schriftführer allgemeine Richtlinien oder muß er ganz selbständig sein?

Herr Czaya: Er muß ganz selbständig sein, der Präsident ist nur die Berufungsinstanz.

Herr Dr. Rasquin erläutert, daß er die an ihn ergangenen unwichtigen Briefe selbst erledigt hat und Herrn Czaya nur eine Kopie zur Unterrichtung gab. Analog müßte der Schriftführer arbeiten.

Herr Gruhl bemerkt, daß wir etwas vergessen haben: den Sitz des Schachbundes. Der offizielle Sitz müßte Alfeld sein, dort müßte die Post eingehen und Herr Czaya verteilt sie an die zuständigen Herren zur Erledigung.

Herr Czaya: Wenn der Geschäfts- oder Schriftführer ein Herr von Format ist, kann er auch zusammen mit der Presse als Pressewart arbeiten. Es setzt eine Diskussion ein, die sich um **die geeignetste Person als Schriftführer** dreht, es wird auch geklärt, ob der Posten haupt- oder ehrenamtlich mit Zuschuß besetzt werden soll. Es werden mehrere Namen genannt. Den Gedanken einer hauptamtlichen Anstellung des Geschäftsführers muß man aber an sich fallen lassen, weil es die Bundeskasse über Maß beanspruchen würde.

Der zweite Fall einer rein ehrenamtlichen Tätigkeit ist mit wenigen Worten erledigt, weil das bei dem großen Korrespondenzanfall nicht zumutbar ist.

Der auf die Bundesverhältnisse am besten ausgerichtete Amtstyp ist der „ehrenamtliche Schriftführer mit Zuschuß“. Die Abstimmung mit der Leistungsmöglichkeit der Kasse ergibt einen monatlichen Betrag bis zu DM 200,—.

Herr Dr. Rasquin setzt sich für Herrn Dr. Staudte, dessen Name schon einmal fiel, ein und empfiehlt, doch einen Versuch zu machen. Vorausgesetzt, daß Herr Dr. Staudte annimmt. Sein Schachidealismus und die spezifische Befähigung zum Schriftführer führen zu folgendem

Beschluß: Herr Dr. Staudte, Aachen, ist das Amt des Schriftführers anzutragen. Über die Höhe des Zuschusses ist mit ihm eine Einigung zu treffen. In der Hoffnung, daß er annimmt, **gilt Herr Dr. Staudte als Schriftführer gewählt** und zwar, wie der übrige Vorstand, kommissarisch bis Bad Pyrmont.

Als Pressewart wird Herr Linnmann vorgeschlagen, er lehnt aber ab und macht seinerseits auf Herrn Dr. Tröger aufmerksam.

Ferner werden genannt die Herren Ludwig Steinkohl, Rellstab, Rautenberg, sowie Babel, Hain und

Herr Bauer möchte es Herrn Czaya selbst überlassen, jemand nach seiner Wahl zu nehmen.

Das Für und Wider der Vorschläge wird beendet mit der Vereinbarung, daß das Amt des Pressewartes bis zum Kongreß in Bad Pyrmont zurückgestellt wird.

Für die Satzungskommission

sei **Herr Menke als Vorsitzender** prädestiniert und er nimmt an. Herr Dr. Rasquin verspricht, ihm Vorarbeiten zu senden.

Herr Czaya, welcher es für angebracht hält, daß die Herren Dr. Rasquin und Dr. Staudte sich um die Satzungsfragen mitkümmern, macht darauf aufmerksam, daß nur vier Wochen für die Ausarbeitung der Satzungen der Kommission zur Verfügung stehen. Anschließend haben die Verbände vier Wochen Zeit zur Prüfung und um sie in ihren Osterkongressen vorzulegen. Die Hauptkorrespondenz soll zwischen Herrn Menke und Herrn Dr. Rasquin direkt laufen.

Über die Bildung des DSB und die verschiedenen Beschlüsse sollen die Schachinteressenten ausführlich unterrichtet werden, weshalb

Herr Stock verlangt, daß das heutige Protokoll den Schachzeitungen zugeleitet werden soll.

Es kommt dagegen der Einwand, daß es viel zu umfangreich sei, so daß keine Schachzeitung genügend Raum habe, es ganz abzudrucken.

Herr Fohl: Dann muß man einen zündenden Leitartikel schreiben.

Herr Dr. Rasquin hat Erfahrungen mit einigen Zeitungen und weiß, daß sie nur herauspflücken, was sie interessiert, und einen Leitartikel läßt sich eine Zeitung überhaupt nicht vorschreiben.

Herr Czaya: Wir müssen ein Kurzprotokoll fassen, den Protokollextrakt mit zweieinhalb Druckseiten.

Herr Linnmann: Die Zeitungen wollen das ganze Protokoll haben, keinen „Waschzettel“.

Herr Schmidner verabschiedet sich, es brechen auch die Herren aus dem Südwesten mit Rücksicht auf ihre Zugverbindung auf.

Herr Czaya fragt, welche Herren noch hierbleiben, um abschätzen zu können, was heute noch erledigt werden kann. Dann fährt er fort, er ist überzeugt, daß ein offizielles Protokoll den Weg durch die Schachwelt machen wird. Er hat nichts dagegen, wenn Teilnehmer des Kongresses unter Wahrung der deutschen Interessen Nachrichten in die Presse bringen. Auf seine Anfrage, wer eine Pressemitteilung verfassen würde, wird

Herr Linnmann genannt und er antwortet, daß anschließend an die Tagung ein Pressevertreter der dpa hierherkomme.

Herrn Stock interessiert, wann die Verbandsvorsitzenden das Protokoll haben werden und er wünsche, daß das ganze Protokoll veröffentlicht werde.

Das löste eine Besprechung zwischen den Herren Menke, Stock, Schreiber, Niephaus über die Kosten und Auflage aus. Vorerst sollen so viele Exemplare gesichert werden, als es Vereine sind, also 2000. Als Kosten für den Sonderdruck im Format DIN A 5 werden DM 0,25 pro Stück geschätzt.

Herr Czaya betont, daß die alte Wirtschaft nicht mehr mitgemacht wird, es muß eine Garantiesumme von den Verbänden übernommen werden. Unter Zugrundelegung von DM 0,20 pro Stück übernehmen die Verbände folgende Garantiesummen: Nordrhein-Westfalen 100 DM, Berlin 10 DM, Bayern 40 DM, Hamburg 10 DM, Südbaden 14 DM, Hessen 26 DM, Elbe-Aller 9 DM, Niedersachsen 20 DM, Weser-Ems 6 DM, das sind 235 DM bei 1200 Stück.

Über die Schachpresse

berichtet **Herr Czaya**, daß wir eine Anzahl Schachzeitungen haben, die nicht leben und nicht sterben können und es kommt eine neue dazu, die berühmte „Deutsche Schachzeitung“ aus dem Verlage Walter de Gruyter & Co., der auf dem Schachgebiete schon sehr lange gearbeitet hat. Die Redaktion wird in den Händen der Meister Teschner und Kurt Richter liegen und an weiteren Mitarbeitern wird nicht gespart werden. Dieser Verlag kann es sich leisten, mit einigen Jahren Anlaufzeit zu rechnen. Wir müssen in Erwägung ziehen, ob sie nicht unser Bundesorgan werden könnte, wobei uns keine Verpflichtungen binden würden. Der Verlag will auch wieder die beliebte „Deutsche Schachbücherei“ herausbringen. Bei dieser Zeitung erwartet Herr Czaya etwas Positives, wobei er keineswegs die Leistungen der Herren Fersch bis Schulz und Hain bis Koch — um von Süd bis Nord und West bis Ost zu sprechen — schmälern will. Viele der jetzigen Blätter haben keinen Rückhalt und arbeiten mit Verlust. Die eine Zeitung soll Prozesse haben, eine andere wandte sich wegen des Abonnentenrückganges an den Präsidenten der Fide, eine dritte ist in ihrer Aufmachung gut, aber der finanzielle Fundus scheint nicht sicher zu sein. Man braucht in Deutschland nicht nur eine Zeitung, es können zwei sein, aber was geschieht mit den anderen? Es gibt eine Unzahl von Schachzeitungen wie „Caissa“, „Schachwelt“, „Schachspiegel“, „Deutsche Schachblätter“, „Süddeutsche Schachhefte“, „Schach-Magazin“ und noch einige, und mehrere Verbandsblätter. Wir stehen vor der Frage, ob wir das Erscheinen der „Deutschen Schachzeitung“ begrüßen oder neutral bleiben sollen? Wir müssen einmal an ein Bundesorgan denken und Herr Czaya erwartet von einer deutschen Schachzeitung, daß über unsere deutschen Schachverhältnisse ausführlich berichtet wird und nicht nur mit 4—5 Seiten. Eine deutsche Schachzeitung ist eine deutsche Chronik.

Die „Deutsche Schachzeitung“ erscheint auf jeden Fall. Wollen wir uns auf das Roß setzen, das am längsten im Rennen bleibt? Welches System für die Verbände ist beabsichtigt? Herr Czaya hat vor, diese Angelegenheit im März-April weiter auszuhandeln, um im Kongreß darüber das Schlußwort zu sprechen.

Herr Fohl: Die „Caissa“ wird in Hamburg viel gelesen, wir haben uns auf sie sehr festgelegt.

Herr Dr. Rasquin meint, wir sollten vom Schachbund aus eine abwartende Haltung einnehmen. Bis wir eine Schachzeitung zum offiziellen Organ des Bundes machen, sollten wir erst zusehen, wer sich eigentlich durchsetzt, und wer die Zeitung so gestaltet, daß sie tatsächlich das deutsche Interesse vertritt.

Herr Fohl: Die „Caissa“ ist erschienen in der Reichsmarkzeit, wo nichts zu verdienen war, das wird in Hamburg beachtet. Wir haben das Empfinden, daß sie sich hält.

Herr Riegel: Schon deshalb, weil sie Fernschachzeitung ist.

Herr Czaya: Das Rennen wird derjenige machen, der den längsten Atem hat. In den nächsten Wochen wird es sich entscheiden, wo wir die Deutsche Meisterschaft abhalten. Vorgesehen ist Bad Pyrmont. Sie soll 14 Tage dauern. Als Teilnehmerzahl steht 18 fest, und zwar 9 Vorberechtigte, die Landesmeister 9, und nun noch 2 Plätze für die Ostzone. 18—20 Teilnehmer in 14 Ta-

gen, das läßt sich nicht schaffen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Osten Wert darauf legt, mindestens ein Viertel Teilnehmer zu nennen. Wie verhalten wir uns in diesem Falle, ganz abgesehen davon, daß Württemberg heute wünscht, daß auch Sengalis daran teilnehme. Das Turnier in Oldenburg ist so groß gewesen, daß Herr Czaya versprach, der Erste dürfte an der Deutschen Meisterschaft teilnehmen, falls ein Deutscher Erster werde. Sengalis ist in Oldenburg noch als Ausländer gestartet. Nach der Spielstärke gehörte er in die Meisterschaft. Wir können ein Turnier mit 24 Teilnehmern in 2 Wochen gar nicht durchführen.

Herr Bogoljubow bemerkt dazu, daß ihm Unzicker gesagt habe, daß er und andere Meister sich schwer entschließen würden, ein Turnier von 20 Teilnehmern zu spielen. Die Qualität der Partien würde sehr leiden, „zum Wegschmeißen“, wie er sagte.

Zuruf: Zwei Gruppen à 12 Mann.

Herr Dr. Rasquin: Man kann diese Dinge nicht andauernd ändern. Wir haben in vorausgehenden Sitzungen nach guter Überlegung beschlossen, nicht mehr als 14 Tage für ein Turnier anzusetzen, auch weil die Amateure nicht länger Zeit haben. Sonderwünsche kann man nicht berücksichtigen. Eine moralische Berechtigung Sengalis', an der Meisterschaft teilzunehmen, kann Herr Dr. Rasquin nicht anerkennen, denn damals war Sengalis nicht Deutscher.

Herr Czaya: Wenn ein Deutscher wie Heinicke in Oldenburg gewonnen hätte, müßten wir so elastisch sein.

Herr Dr. Rasquin: Das Schwierigste ist die Platzfrage der Ostzone.

Herr Czaya: Darf ich vorschlagen?: Falls die Ostzone nicht der Spielgemeinschaft beitrifft, dann kann auch kein Vertreter der Ostzone mitspielen. Falls es 24 Teilnehmer werden, dann gibt es 2 Gruppen, das sind je 11 Partien. Anschließend spielen die beiden Ersten jeder Gruppe in drei Runden den „Meister von Deutschland“ aus. Herr Czaya fragt Niephaus, ob es möglich sei, dieser sagt: „Es geht“. Ein faires Arrangement läßt es zu, daß wir 6 Plätze der Ostzone einräumen.

Herr Fohl: Wie wollen Sie die 2 Gruppen einteilen?

Herr Dr. Rasquin: Wir müssen das dem Vorstand überlassen, selbstverständlich wird ausgelost.

Herr Stock: Kann man bei 2 Gruppen nicht doch Sengalis berücksichtigen?

Herr Dr. Rasquin: Nein, wir denken ja an die Ostzone bei diesen Plätzen.

Die Herren Linnmann und Bogoljubow beteiligen sich am Gespräch um Sengalis und Heinicke und

Herr Czaya sagt dann abschließend: Falls ein Freiplatz verfügbar wird, dann kommt Sengalis in Frage. — Alle sind einverstanden.

Herr Dr. Gruhl möchte hören, wie die Aufstellung der Zehn sei, falls der Wettkampf mit Jugoslawien zustande käme.

Herr Czaya: Die ersten Neun der letzten Meisterschaft werden gefragt und wegen des Zehnten und weiteren Ersatzleuten muß baldmöglichst gehandelt werden. Nach seinem Gefühl wäre das 10. Brett für Heinicke oder Sengalis.

Herr Dr. Rasquin: Es geht darum, daß wir vom Vorstand aus an die Berechtigten herantreten, ob sie in der Lage seien, mitzuspielen. Die deutsche Meisterschaft scheint ihm nach der technischen Seite hin schon, aber nach der finanziellen Seite nicht gesichert. Daß man das Turnier so wie im Vorjahre, auf guten Glauben hin aufzieht, kann es diesmal nicht geben. Es geht nicht an, daß wieder jemand aus der Privatschatulle in Vorlage geht. Wieweit man auf Zuwendungen und Spenden anderer Organisationen rechnen kann, darin sieht er schwarz. Die 9000 DM müssen wir haben. Die neuen Beiträge gehen bis zum Termin mit einem Viertel ein, alles andere ist noch ungedeckt.

Herr Niephaus: Warum können die einzelnen Verbände nicht die Leute zur Meisterschaft finanziell ausrichten?

Herr Czaya: Wir haben diesen Punkt indirekt dadurch behandelt, daß die Beiträge erhöht wurden. Eine absolute Sicherheit für die Veranstaltung besteht nicht, es besteht aber die Wahrscheinlichkeit, daß die Kosten bis dahin gedeckt werden.

Herr Fohl: Die staatlichen Zuschüsse werden vielleicht ausbleiben, wenn die Arbeitslosenziffern ansteigen. Rechnen Sie vorsichtshalber nicht mit Staatszuschüssen.

Herr Kabitz gibt einen kurzen Überblick über seine Verhandlungen.

Auf eine Zwischenfrage, wann der Termin für das Turnier sei, erwidert

Herr Czaya, daß Bad Pyrmont auf 7. bis 21. Mai festgelegt ist.

Herr Niephaus gibt die Anregung, sich an den Toto zu wenden, aber

Herr Fohl erklärt, das habe keinen Zweck.

Herr Stock: Können wir von Herrn Pohlenz etwas über die Ziele des ADSC erfahren?

Herr Pohlenz, welcher diese Aufforderung erwartete, gibt wegen der vorgeschrittenen Zeit einen kurzen Überblick. Der tragende Gedanke komme von ihm, sozusagen aus dem Raume Velbert. Daß die Geschichte noch nicht den Umfang angenommen hat, wie erwünscht ist, liegt daran, daß er ziemlich stark in seiner Firma überlastet ist. Er kommt kaum dazu, alle vorliegenden Anfragen zu beantworten. Seiner Auffassung nach kann sich so etwas nur langsam entwickeln. Angemeldet haben sich 80, bezahlt aber nur 27. Das habe ihn etwas erschüttert, denn die 80 hatten ihren Beitrag zugesagt, auch von amtlicher Seite wurde ihm Unterstützung versprochen. Zuschüsse können nur zweckgebunden sein und müssen schriftlich formuliert werden. Der einzige Weg ist, zur Einführung des Schachs in Bergarbeiterlehrlingsheime Zuwendungen zu suchen. Die Arbeit des ADSC wird nie den Umfang einnehmen, den man außerhalb von ihm erwartet. In der Psyche des Schachspiels liegt es, daß jeder ernste Schachspieler ein Einzelgänger ist. Das sieht man an den Schachtagungen, bei 20 Teilnehmern sind 40 Meinungen vertreten. Herr Pohlenz möchte dem Deutschen Schachbund empfehlen, in seine Satzungen einzuflechten, daß Einzelmitglieder nicht aufgenommen werden. Der Deutsche Schachbund hat vor 1933 kein Geld gehabt und wird auch nie Geld haben. Herr Pohlenz hält es daher für gut, den ADAC sich selbst entwickeln zu lassen.

Herr Czaya: Wir als Deutscher Schachbund werden von unserem Recht nicht abgehen können, uns durch Aufnahme von fördernden Mitgliedern die Möglichkeit zu schaffen, die Finanzen zu heben.

Herr Pohlenz: Das ist klar. Es kann möglich sein, daß sich Schachveranstaltungen des DSB und des ADSC überschneiden. — Beim ADSC werden immer dieselben Herren im Vorstand sein, beim Schachbund wechseln sie. Der ADSC kann bei Regierungen also besser vorstellig werden . . .

und **Herr Fohl** kann es nicht lassen, zu sagen: Die Herren bei der Regierung wechseln aber mehr.

Herr Dr. Gruhl möchte für die Zukunft vermieden sehen, daß eine Doppeltbearbeitung von amtlichen Stellen und Förderern erfolgt, man sollte sich über die fördernden Mitglieder unterrichten und sozusagen „Kundenschutz“ einrichten.

Herr Kabitz erachtet es für notwendig, daß eine Stelle geschaffen wird für das Aufsichtsrecht von Turnieren, damit nicht wieder solche Sachen vorkommen wie in Oldenburg.

Herr Pohlenz ergänzt seine vorherigen Ausführungen noch mit Mitteilungen über seine Bemühungen und eine Anregung über die Delegation.

Herr Stock: Ist nun der Schachbund der Träger des Schachgedankens und damit verantwortlich für die Finanzierung?

Herr Czaya: „In Pyrmont wurde die Beitragsreduzierung auf DM 0,20 beschlossen, darauf sah ich keinen anderen Weg, sonstige Mittel aufzutreiben. Nachdem ich auch keine klare Entwicklung des ADSC sehe, möchte ich auf

keine Rechte des Deutschen Schachbundes verzichten. Daher ist Kundenschutz nicht möglich. Der ADSC ist eine Organisation, die überhaupt noch keine Kongresse hatte. Ich möchte das Recht als Präsident haben, die Verhandlungen mit allen Stellen direkt zu führen.“

Herr Pohlenz: Das Ziel des ADSC soll sein, die Globetrotter und Schachidealisten in einem Klub zu sammeln, sie sollen sich gut kennen lernen, weil das den Bestand sichert.

Herr Dr. Gruhl: Wir wollen dafür sorgen, das Schach in den Betrieben einzuführen, da finden wir die finanzielle Unterstützung, wie wir sie brauchen. Der ADSC sollte die Firmen dazu gewinnen. Es wäre zu fragen, ob der Schachbund oder der ADSC diese Aufgabe übernimmt; wenn diese der Deutsche Schachbund übernimmt, dann wäre dafür ein besonderes Referat einzusetzen.

Herr Czaya: Wir sollten die Aufgabe trennen: Die Breitenarbeit bleibt dem Deutschen Schachbund überlassen; die Werbung im Freundeskreise dem ADSC.

Damit wird der außerordentliche Kongreß um 19,15 Uhr geschlossen.

Ein Protokoll enthält die wichtigsten Beschlüsse und Gesichtspunkte einer Tagung; dieses Protokoll will darüber hinaus den genauen Verlauf des historischen Kongresses schildern. Damit sollen die Schachfreunde, vor allem die Funktionäre der Verbände und Vereine, einen lebendigen Einblick bekommen in die Bemühungen ihrer Delegierten und des Präsidiums, der obersten Organisation des deutschen Schachs jene Form zu geben, die — bei aller Rücksicht auf die verschieden gearteten Strömungen in den Verbänden — den Bund doch so stark ausgestaltet, daß er zu einer wirklich repräsentativen Körperschaft wird. Die Mehrheit der Vertreter kam mit dem festen Willen, den Deutschen Schachbund zu gründen, denn eine gedeihliche Breitenarbeit erfordert eine umfassende Organisation, und außerdem kann das deutsche Schach seine Weltgeltung nur durch einen festgefügt Schachbund wieder erringen.

Das Protokoll zeigt das gesprochene Wort, die Atmosphäre zeigte mehr. Wer erlebt hat, wie manche Delegierte die weite Schau der Stunde erkannten und bei freiem Entschluß gerne ihr Ja gegeben hätten, wie sie schwanken zwischen Gewissen und Auftrag und zum Teil doch der mitgebrachten Marschroute folgten, statt kühn zu handeln, der sucht nach den hemmenden Gründen.

In jedem Abstimmungsfalle wurde dem Antrag stattgegeben, also hat die Mehrheit doch klar den richtigen Weg gesehen. Wohl hat der Zahlende das Veto und dennoch kann die Zigarette, die er im Monat mit dem Bunde teilt, nicht der hemmende Grund sein. Dieser liegt im rein Geistigen, und wenn es überall die Sportler drängt, sich im Bundesgebiet gesamtdeutsch zu sammeln, dann sollte gerade der geistigste aller Spieler den weitesten Horizont haben. Das Wissen, daß es um einen großen und notwendigen Schritt ging, hat die überstimmt Vertreter nicht schmolend beiseite stehen lassen, sondern sie haben mitgearbeitet. So konnte der Kongreß in dem Glauben auseinandergehen, daß jeder Delegierte seinen Verband und seine Vereine davon zu überzeugen sucht, daß es ob des Namens, ob des Beitrags kein aus der Reihe tanzen gibt.

Nur ein Zusammenstehen ist Allen förderlich!

Der Geist des Kongresses war:

Es mußte sein!

Der Deutsche Schachbund steht!

Haltet zu ihm!

Im Auftrage des Präsidiums

Der Protokollführer

Willi Summ

Zusammenfassung der Beschlüsse und der Wahl

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schachverbände ADS wird in einen Schachbund als eingetragener Verein übergeleitet. Der Name ist:

Deutscher Schachbund e. V.

Die **Organe** des Bundes sind: Kongreß, Vorstand, Beirat.

Der **Vorstand** besteht aus 5 Personen (Präsident, Vizepräsident, Turnierleiter, Schriftführer, Schatzmeister, Pressewart, wobei Vizepräsident mit einem anderen Amt in Personalunion gedacht ist). Zuwahl ist möglich.

Bis zum Kongreß 1950 ist folgender „kommissarischer Vorstand“ gewählt:

Präsident: Herr Czaya,

Turnierleiter: Herr Dr. Rasquin,

Schatzmeister: Herr Schmidtner,

Schriftführer: Herr Dr. Staudte (vorbehaltlich seiner Annahme)

Presse-, Frauen- und Jugendwart werden auf dem Kongreß gewählt. Evtl. auch Meisterwart.

Der Schriftführer erhält einen monatlichen Zuschuß.

Kosten des Frauen- und Jugendwarts werden von den Verbänden getragen. Kosten des Meisterwarts werden vom Bund getragen.

Sitz des Bundes: Wahrscheinlich Wohnort des Präsidenten.

Beirat: 3 sachlich, 5 gebietlich.

Mitgliedschaft: Nur Landesverbände können dem Bund angehören. Fördernde Mitglieder: Noch nicht entschieden.

Stimmrecht: Vorgeschlagen 1000, 500, auch 100 Mitglieder eine Stimme.

Bundesbeitrag: DM 0,05 pro Mitglied und Monat.

Beiträge: Sind postnumerando zu bezahlen. Für das I. Quartal 1950 bis 15. 4. 1950.

Austritt: Verbände, welche ihre Mitgliedschaft im Bunde nicht aufrecht erhalten wollen, haben das sofortige Austrittsrecht, rückwirkend bis 31. 12. 1949.

3 Tage nach Ostern muß beim Präsidium des Bundes die Nachricht sein, ob die Verbände beim Bund bleiben.

Bis Ostern: Kostenvorschuß zur Vorbereitung der Turniere ist aus dem Beitrag des I. Quartals 1950 an die Bundeskasse zu bezahlen.

Satzungskommission: Die Herren Menke (Vors.), Dr. Rasquin, Dr. Staudte.